

Alle anders – alle gleich.

Informationen und Materialien zur
Internationalen Woche gegen Rassismus
18. - 26. März 2006

Alle anders –
alle gleich



Inhalt

Vorwort	2
Einleitung: Rassismus hat viele Gesichter	4
Anregungen, Ideen und Vorschläge zur Internationalen Woche gegen Rassismus	9
■ Tipps bei der Planung von Veranstaltungen	9
■ Veranstaltungen für die Jüngsten	10
■ Schulprojekte/ Politische Bildung	13
■ Kreativ-künstlerische Projekte	17
■ Exkursionen	22
■ Veranstaltungen mit Gastreferenten	26
■ Interkulturelle Feste und Sportveranstaltungen	34
■ Anregungen für Referent/innen	40
Materialteil	41
– M1: Parteien zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	41
– M2: Daten zu politisch motivierter Kriminalität – Rechts	52
– M3: Zitate führender Mitglieder der NPD	53
– M4: Projekt U18 – Wahlverhalten von Jugendlichen	55
– M5: Bundestagswahl 2005 – Analysen zum Wahlverhalten	56
– M6: Fremdenfeindliche und rassistische Gewalttaten in der Presse – eine Auswahl	58
– M7: Links gegen Rechts	60
– M8: Geduldete Kinder – Rassismus in der Schule	61
– M9: Rassismus in der Arbeitswelt	65
– M10: Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Frankfurt am Main	70
Die Kooperationspartner des Interkulturellen Rates	75
Was ist der Interkulturelle Rat in Deutschland?	77

Herausgeber / Bestelladresse:

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.
Goebelstr. 21 · 64293 Darmstadt
Telefon: 0 61 51-33 99 71
Fax: 0 61 51-391 97 40
info@interkultureller-rat.de
www.interkultureller-rat.de

Redaktion: Sina Hatzfeld, Torsten Jäger
Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz
Druck: vario plus, Frankfurt/Main

Der Interkulturelle Rat ist für seine Arbeit auf Spenden angewiesen.

Spendenkonto:
Interkultureller Rat, Postbank Frankfurt am Main
Konto 64 71 50 - 604, BLZ 500 100 60

Vorwort

Europaweit findet die *Internationale Woche gegen Rassismus* im Jahr 2006 vom 18. bis 26. März statt. Gemeinsam mit Gesicht Zeigen – Aktion weltoffenes Deutschland und seinen weiteren Kooperationspartnern ruft der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, während dieser Aktionswoche ein Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu setzen.

Die Aktionswoche der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus wurde im Jahre 1979 durch einen Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Seit seiner Gründung im Jahre 1994 bemüht sich der Interkulturelle Rat in Deutschland darum, während der Internationalen Woche gegen Rassismus bundesweit entsprechende Aktivitäten zu initiieren und zu unterstützen. Hierzu bedarf es vor allem der Aktionsbereitschaft vor Ort, aber auch der Unterstützung von Organisationen und Einrichtungen, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aktiv sind. Wir freuen uns sehr, dass in diesem Jahr erstmals das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks dem Bündnis der Kooperationspartner beigetreten sind. Ihnen und den 35 weiteren seit vielen Jahren beteiligten Organisationen und Institutionen gilt unser herzlicher Dank für die Bereitschaft zur Mitarbeit.

Besonders danken möchten wir jenen, die den Interkulturellen Rat im Rahmen seines Projekts *Internationale Woche gegen Rassismus* in diesem Jahr finanziell unterstützen und damit auch die Veröffentlichung dieses Materialheftes möglich gemacht haben. Neben dem entimon-Aktionsprogramm der Bundesregierung »*Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*« sind dies: die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), die IG Metall, der Deutsche Fußball-Bund, Lions Clubs International, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, der Deutsche Bühnenverein, der Deutsche Bundesjugendring, der Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland, der Verband binationaler Familien und Partnerschaften und der Westdeutsche Rundfunk.

Neben diesem Materialheft hat der Interkulturelle Rat in Deutschland auch ein Aktionsplakat und ein Informationsfaltblatt zur Internationalen Woche gegen Rassismus 2006 veröffentlicht. Alle Materialien können kostenlos über die Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates bezogen werden.

Wir freuen uns auf Ihre Beteiligung an der Internationalen Woche gegen Rassismus 2006 und hoffen darauf, dass Ihnen unser Materialheft hierfür eine Vielzahl von Ideen und Anregungen an die Hand gibt. Wir bitten Sie ganz herzlich darum, uns möglichst frühzeitig über Ihr Aktivitäten im Rahmen der Aktionswoche 2006 zu informieren, da wir diese gerne in einen bundesweiten Veranstaltungskalender aufnehmen, dokumentieren und der Öffentlichkeit zugänglich machen möchten.

Torsten Jäger, Geschäftsführer Interkultureller Rat in Deutschland

Einleitung: Rassismus hat viele Gesichter!

65 Prozent aller Deutschen sind der Auffassung, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gibt. 36 Prozent sind der Meinung, man sollte in Deutschland lebende Ausländer wieder »zurückschicken«, wenn die Arbeitsplätze knapp werden.¹ Die Zahl derer, die solche Auffassungen vertreten, steigt seit Jahren kontinuierlich an. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Dieses gesellschaftliche Klima hat Folgen: Nach mehreren Jahren war im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr erstmals wieder ein Anstieg politisch rechts motivierter Straftaten zu verzeichnen. Laut Bundesinnenministerium wurden im Jahre 2004 insgesamt 2.553 politisch rechtmotivierte Straftaten, die einen fremdenfeindlichen Hintergrund aufwiesen sowie 1.346 mit antisemitischem Hintergrund, erfasst. Im gleichen Zeitraum wurden 391 fremdenfeindlich und 40 antisemitisch motivierte Gewalttaten verzeichnet.

- In Brandenburgs Landeshauptstadt wird ein 31 Jahre alter Asylbewerber aus Kamerun von fünf Potsdamern krankenhaushausreif geschlagen. Zuvor hatten sie eine Gruppe von sechs Menschen, darunter das Opfer, an einer Bushaltestelle mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. Das Opfer wird mit Verletzungen an Schulter und Ellenbogen in ein Krankenhaus gebracht. Die Täter werden zunächst in Gewahrsam genommen, später aber wieder entlassen. (Frankfurter Rundschau vom 9. August 2005)
- Am 03.08.2005 attackieren zwei junge Männer aus Kreuztal (Nordrhein-Westfalen) einen nigerianischen Asylbewerber. Einer der beiden entbietet vor dem Angriff den Hitlergruß. Er holt im weiteren Verlauf des Geschehens eine Nagelschere aus der Tasche, sticht damit auf den Nigerianer ein, trifft ihn am Arm und fügt ihm eine stark blutende Fleischwunde zu. Der Verletzte muss zur Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert werden. (Bericht der Hagener Polizei vom 3. August 2005)

Seitdem die NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen im September 2004 mit 9,2 Prozent der Wählerstimmen in den Landtag eingezogen ist, nutzt sie die öffentliche Aufmerksamkeit für die Verharmlosung des Holocausts und zur Verbreitung ausländer-

feindlicher Parolen. Gleichzeitig ist sie darum bemüht, junge Menschen durch die Verbreitung von rechtsextremen CDs und durch Konzertveranstaltungen an sich zu binden. Mit beachtlichem Erfolg: Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005 konnte die NPD ihr Wahlergebnis gegenüber der Bundestagswahl 2002 vervierfachen. Auch wenn sie bundesweit bei den Zweitstimmen lediglich einen Anteil von 1,6 Prozent erreichen konnte, machen die im Materialteil dieser Broschüre dargestellten ausgewählten Wahlergebnisse deutlich, dass es der Partei insbesondere in einigen Regionen in den neuen Bundesländern und bei jungen Männern gelungen ist, bis zu 10 Prozent der Wählerstimmen zu erreichen.

Warum wir etwas gegen Rassismus unternehmen müssen

Union und SPD haben in der Präambel ihres Koalitionsvertrages vom 11. November 2005 festgehalten, dass Toleranz und Weltoffenheit die Markenzeichen einer freiheitlichen Gesellschaft sind. Es gibt viele gute Gründe, warum Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht hingenommen werden dürfen:

- Die gleiche Würde aller Menschen ist die zentrale Grundlage menschlichen Zusammenlebens. Dies ist nicht nur in Artikel 1 unseres Grundgesetzes, sondern darüber hinaus in internationalen Menschenrechtsabkommen festgeschrieben, die einzuhalten sich die Bundesrepublik verpflichtet hat.
- Einwanderung in die Bundesrepublik gibt es seit 50 Jahren. Die multikulturelle Gesellschaft ist inzwischen eine Realität. Wir alle müssen sie gleichberechtigt gestalten. Im Einwanderungsland Deutschland gibt es nur eine gemeinsame Zukunft für alle.
- Eine weltoffene und tolerante Gesellschaft ist im Zeitalter der Globalisierung ein gewichtiger Standortvorteil. Ein Land, das im globalen Wettbewerb steht, kann Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht dulden. Es ist darauf angewiesen, für Menschen aus aller Welt attraktiv zu sein.

1 Vgl.: Heitmeyer, Prof. Dr. Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt am Main 2005.

- Bei der Wahl seiner Zielgruppen ist Rassismus flexibel: Religion, Herkunft, Weltanschauung, Sexualität oder Behinderung ... und morgen? Niemand kann dauerhaft davor sicher sein, Opfer von Ausgrenzung zu werden! Rassismus kann jeden treffen!

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind noch immer Alltag in Deutschland. Gleichzeitig engagieren sich unzählige Menschen vor Ort gegen menschenverachtende Taten und Geisteshaltungen. In christlichen Kirchengemeinden und anderen Religionsgemeinschaften, in den Gewerkschaften, in Sportverbänden und in der gewerblichen Wirtschaft ist die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ein wichtiges Thema geworden. In vielen Initiativen und Organisationen vor Ort, in Schulen und Jugendeinrichtungen nimmt das Engagement zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus breiten Raum ein. Viele Menschen engagieren sich in der Projekt- und Bildungsarbeit, mit Angeboten für Aussteiger aus der rechten Szene, mit Informations- und Dokumentationszentren gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und leisten damit einen wichtigen Beitrag für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten, Hautfarben, Kulturen und Religionen in Deutschland.

Gefordert ist aber auch die Politik, die sich den Herausforderungen einer multikulturellen Gesellschaft stellen muss. Dabei können Konzepte, die auf Ausgrenzung und Abschottung setzen, die sozialen und ökonomischen Probleme in unserer Gesellschaft nicht lösen. Vielmehr müssen Politikansätze realisiert werden, die die Vielfalt unserer Gesellschaft als eine Bereicherung begreifen und die Innovationspotentiale von Migranten und Flüchtlingen fördern. Diesbezüglich sind auf Seiten der politischen Parteien noch immer große Defizite zu beklagen. Zwei Beispiele:

- Noch immer ist die Bundesrepublik ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen, ein umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz zu beschließen. Dies hätte sie nach europäischem Recht spätestens im Sommer des Jahres 2003 getan haben müssen. Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht, das mit einem effektiven Antidiskriminierungsgesetz geschützt werden muss.
- Bereits seit 2001 ist die Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer Vereinbarung im Rahmen der Weltrassismuskonferenz in Durban/Südafrika dazu verpflichtet, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft einen Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Rassismus aufzustellen. Die Vorlage eines entsprechenden Entwurfes durch die Bundesregierung steht bis heute aus.

Die neu gebildete große Koalition aus Union und SPD muss sich diesen und anderen Herausforderungen in der Integrations- und Migrationspolitik stellen und darüber hinaus auch in Zeiten knapper Kassen dafür sorgen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus angemessen gefördert und unterstützt wird.

Engagement sichtbar machen – Die Internationale Woche gegen Rassismus

Seit vielen Jahren ist die von den Vereinten Nationen initiierte *Internationale Woche gegen Rassismus* eine besonders gute Gelegenheit, das vielfältige Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus öffentlichkeitswirksam sichtbar zu machen und damit ein deutliches Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit zu setzen. In den vergangenen Jahren fanden deutschlandweit während der Internationalen Woche gegen Rassismus jeweils mehrere hundert Veranstaltungen statt, über die in den Medien breit berichtet wurde. Gemeinsam mit seinen mehr als 30 Kooperationspartnern unterstützt der Interkulturelle Rat in Deutschland die Aktionswoche, die im Jahr 2006 europaweit vom 18. bis 26. März stattfinden wird.

Wir rufen dazu auf, in dieser Zeit Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen, die sich für Offenheit und Toleranz einsetzen und damit deutlich zu machen, dass in unserem Land kein Platz für Rassismus ist.

Was Sie in der Aktionswoche tun können

Die möglichen Veranstaltungsformen sind vielfältig. Der Kreativität und dem Einfallsreichtum sind keine Grenzen gesetzt. Auch die individuelle Initiative Einzelner kann dazu beitragen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht erstarken zu lassen.

Die nachfolgende Sammlung von Tipps und Erfahrungen ist Ihnen auf der Suche nach Anregungen für eigene Veranstaltungen behilflich. Dabei unterstützt Sie die folgende Gliederung:

Nach einigen generellen Tipps für die Planung von Veranstaltungen finden sich verschiedene Schwerpunkte:

- Veranstaltungen für Kinder,
- Schulprojekte und Politische Bildung,
- kreativ-künstlerische Projekte,
- Exkursionen,
- Veranstaltungen mit Gastreferenten,
- interkulturelle Feste und
- Sportveranstaltungen.

Vor jedem Aktionsvorschlag wird kurz erläutert, für welche Zielgruppen das jeweilige Projekt besonders geeignet ist und was die vorrangigen Ziele sein können. Der Vorstellung der Veranstaltungsformen schließt sich noch ein kurzes Kapitel mit Anregungen speziell für Referenten und Referentinnen an.

Der umfangreiche Materialteil, der sich anschließt, will Anregungen und Diskussionsstoff für die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bieten. Drei kurze Analysen zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Schule, in der Arbeitswelt und beim behördlichen Umgang mit Migranten und Flüchtlingen sowie eine Auflistung aller die Aktionswoche unterstützenden Kooperationspartner mit ihren Internet-Adressen runden die Broschüre ab.

Anlass für die Aktionswoche ist der 21. März, den die Vereinten Nationen im Jahre 1966 zum alljährlichen Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung ausriefen. Gedacht wird an diesem Tag dem blutigen »Massaker von Sharpeville« in Südafrika. Am 21. März 1960 waren dort tausende Menschen zusammen gekommen, um gegen das Apartheidregime, die ungerechten Passgesetze und für gleiche Rechte zu demonstrieren. Die Polizei schoss in die wehrlose Menge; 69 Menschen, darunter acht Frauen und zehn Kinder, fanden den Tod. Unzählige wurden verwundet, teilweise schwer. Fast dreißig Jahre nach dem »Massaker von Sharpeville« war der Kampf gegen das Apartheidregime in Südafrika gewonnen. Die einstigen Revolutionäre des African National Congress (ANC) lösten das Unrechtsregime ab. Nelson Mandela, der ehemalige Staatsfeind Nr. 1, wurde Staatspräsident.

Anregungen, Ideen und Vorschläge zur Internationalen Woche gegen Rassismus

Tipps bei der Planung von Veranstaltungen

Für nahezu alle Veranstaltungen gelten gemeinsame Faustregeln:

- Außerordentlich wichtig ist die zeitliche Planung. Manche Projekte lassen sich kurzfristig mit einem Vorlauf von ein bis zwei Wochen vorbereiten, andere kommen ganz ohne Vorbereitung aus. In diesen Fällen kommt der Nachbereitung eine besonders wichtige Rolle zu. Auch Projekte mit langer und intensiver Vorbereitung sind möglich. Wichtig ist in jedem Fall, dass die Entscheidung, welche Form der Veranstaltung für die jeweilige Gruppe geeignet ist, frühzeitig getroffen wird.
- Abzuraten ist von »wildem Aktionismus«, bei dem Rassismus plötzlich und unvorbereitet im Mittelpunkt steht. Sinnvoller sind gut durchdachte Aktionen mit aktiver Beteiligung der Zielgruppen. Die detaillierte Vorbereitung variiert von Projekt zu Projekt und ist je nach Teilnehmerkreis unterschiedlich. In den einzelnen Projektvorstellungen wird hierauf jeweils näher eingegangen.
- Mindestens genauso wichtig wie die zeitliche Planung ist die inhaltliche Vorbereitung. Nachhaltig wirken vor allem Veranstaltungen, an denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktiv beteiligen können und müssen. Dabei gilt sowohl für Veranstalter wie für Gäste und Referenten ein Grundsatz: im Vorfeld den Kontakt aufbauen und Kommunikation herstellen! Nur wenn klar ist, was das Ziel der Veranstaltung ist, kann die Vorbereitung effizient gestaltet werden, können sich Referenten auf ihre Zielgruppe einstellen und Veranstalter deutlich machen, was das Ziel der Veranstaltung ist.

»Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt als Normalität und als Chance zu verdeutlichen: Darin sehe ich eine wichtige Aufgabe der Medien generell und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im besonderen.«

Fritz Pleitgen, Intendant des WDR

- Die *Internationale Woche gegen Rassismus* einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, ist ein wichtiges Anliegen. Deshalb kommt der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine wesentliche Rolle zu. Auf Veranstaltungen sollte durch Plakate und andere Materialien hingewiesen werden. Diese können beim Interkulturellen Rat und bei manchen Kooperationspartnern angefordert werden. So stellt die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Plakate und Handzettel zur Verfügung, PRO ASYL und die Lions Clubs International erarbeiten eigene Informations- und Mobilisierungsflyer. Die Internetadressen finden sich am Ende dieser Veröffentlichung.
- Pressemitteilungen sollten rechtzeitig vor der Veranstaltung an die regionalen Zeitungen und Rundfunkredaktionen geschickt werden und in kurzer Form die wichtigsten Informationen liefern. Die W-Fragen – Was? Wer? Wann? Wo? – sollten knapp beantwortet werden, die Überschrift einen prägnanten Eindruck geben. Insgesamt ist es wichtig, sich auf das Nötigste zu beschränken.

Veranstaltungen für die Jüngsten

■ Veranstaltungen für Kinder

Ziel: Kinder sollen andere Kulturen und Religionen kennen lernen und sich mit deren Menschenbild, den Geschlechterrollen, Bräuchen, Festen und Tabus auseinandersetzen.

Zielgruppen: Kinder und Multiplikator/innen aus Kindergärten, Kindertagesstätten und Grundschulen.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: In speziellen Veranstaltungen für Kinder kann schon früh präventiv gearbeitet werden. Kinder sollen schon im Vorschulalter spielerisch erfahren, dass es verschiedene Lebensweisen gibt und Stereotype nicht mit einem realistischen Bild von anderen Kulturen verwechselt werden dürfen. Unser Alltag wird geprägt von den Einflüssen verschiedenster Kulturen, Ethnien, Sprachen und Religionen, ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Durch diese Erfahrungen können Kinder bei der Ausbildung ihrer eigenen Identität unterstützt werden.

In seinem **Interkulturellen Spielzimmer** hat der Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. eine Sammlung von Spielsachen zusammengestellt, die allen Kindern die Möglichkeit bietet, sich mit ihrem Aussehen und in ihrer jetzigen Lebenswelt in Kinderbüchern, Spielsachen und Puppen wieder zu finden. In Verbindung mit dem Spielzimmer bietet der Verband Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikator/innen an, die der Erweiterung ihrer interkulturellen Kompetenz dienen. Die Seminare und Workshops finden in dem Interkulturellen Spielzimmer in Frankfurt am Main oder in anfragenden Einrichtungen statt, zu denen die Fortbildner/innen das mobile Spielzimmer mitbringen.

Die Landesgruppe NRW im Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. hat unter dem Titel **Weltkinder-Spiele** eine praxisorientierte Wanderausstellung erarbeitet, die zeigt, wie interkulturelle Spielzimmer aussehen und gestaltet werden können. Die Möglichkeiten reichen von Puppen- oder Bauecken über Bastel- und Malische bis hin zu Bildern, Postern, Kalendern und vielem anderen. Die Ausstellung wurde bereits mit großem Erfolg in vielen Städten in NRW präsentiert und kann ab 2006 bundesweit gebucht werden. Parallel zur Ausstellung wurde das Praxishandbuch »Weltkinder-Spiele – Interkulturelle Materialien und Ideen für den Alltag mit Kindern« entwickelt. Es enthält eine Vielzahl wertvoller Anregungen zur praktischen Umsetzung des interkulturellen Lernens im Kinderalltag und bietet Eltern, pädagogischen Fachkräften in Kindergärten wie anderen Interessierten ein reichhaltiges Angebot an neuen Perspektiven für den »typisch deutschen« Kinderalltag.

Über das Anne Frank Zentrum e. V. kann ein Lernpaket für Kinder von 4 bis 8 Jahren bezogen werden. **Das bin ich – International** ist das erste transnational entstandene Lehr- und Lernmaterial zur interkulturellen Bildung und Erziehung in Kindergarten und Klasse 1 und 2 der Grundschule. Im Mittelpunkt der von vier Ländern gemeinsam entwickelten Materialien stehen zwölf Kinder zwischen 4 und 8 Jahren aus Dänemark, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden. In großformatigen Foto-Text-Büchern, sogenannten Kniebüchern, werden Geschichten aus dem Alltag der Kinder vorgestellt. Diese laden zur Suche nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden ein.

Das Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC) – NRW verleiht interessierten Bildungsarbeiter/innen eine **Lernbox** für den Einsatz in Kindergarten und Grundschule, die aus einer Vielzahl an Fach- und Schulliteratur, Projektmappen und -ideen, Unterrichtsmaterialien, Videos, Trainingseinheiten, Argumentationshilfen, Compact-Disks

und Spielen besteht. Sie ist erweitert durch ein Projekt-Handbuch mit Anregungen und Erklärungen zur Nutzung und Weitergabe der Materialien sowie durch eine Sammlung von Materialien, die projektteilnehmende Lehrer/innen und Schüler/innen beigetragen haben.

Weitere Informationen:

- **Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.**
Ludolfusstr. 2-4, 60487 Frankfurt/M.,
Tel.: 069/71 37 56-0, Fax: 069/70 75 092, www.verband-binationaler.de
- **Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. – NRW**
Projekt Weltkinder, Thomas-Mann-Str. 30, 53111 Bonn,
Tel.: 0228/90 904-0, Fax: 0228/90 904-14, www.verband-binationaler.de
- **Anne Frank Zentrum e. V.**
Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin,
Tel.: 030/308 72 988, Fax: 030/308 72 989, www.annefrank.de
- **Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC) – NRW**
Friedensstr. 11, 47053 Duisburg,
Tel.: 0203/93 51 570, Fax: 0203/93 57 466, www.aric-nrw.de

»Wir als Gewerkschaften setzen uns ein für eine Gesellschaft, die die Vielzahl von Kulturen als gleichwertig anerkennt und akzeptiert. In einer solchen Gesellschaft ist kein Platz für Rassismus und Diskriminierung.«

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Schulprojekte / Politische Bildung

- Schulprojekte »Schule OHNE Rassismus, Schule MIT Courage« und Projektstage
- Seminare in der politischen Bildung

■ Schulprojekte »Schule OHNE Rassismus, Schule MIT Courage« und Projektstage

Ziel: Schüler sollen für alle Formen von Diskriminierung und Rassismus sensibilisiert und zum Eigenengagement angeregt werden. Damit soll nachhaltig zum Abbau von Rassismus, Diskriminierung und Gewalt in unserer Gesellschaft beigetragen werden.

Zielgruppen: Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Das ursprünglich in Belgien entwickelte Projekt »Schule OHNE Rassismus« wurde 1995 von AktionCourage e.V. in Deutschland initiiert. Von der Bundeskoordination Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage erhalten interessierte Schülerinnen und Schüler ein »Startinfo-Paket« und das Angebot, für ihre Schule den Titel »**Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage**« zu erlangen. Dazu müssen sie mindestens 70 Prozent aller Schulzugehörigen (also neben Schülern auch Lehrer und Schulbedienstete) gewinnen, die sich mit ihrer Unterschrift zu den Grundsätzen des Projekts bekennen. Damit erklären sie, sich langfristig mit Aktionen und Projekten an ihrer Schule gegen Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu engagieren. Eine prominente Person, die von der Schule ausgewählt und für dieses Amt gewonnen werden muss, übernimmt die Patenschaft. Ein Netzwerk unterstützt die ausgezeichneten Schulen mit Beratung und Informationen. Europaweit gibt es inzwischen mehr als 600 Schulen OHNE Rassismus – Schulen MIT Courage, in Deutschland mehr als 250. Das Projekt wurde mehrfach ausgezeichnet.

Auch ein- oder mehrtägige Schulprojektstage sind möglich. Eine Vielzahl von Organisationen und Einrichtungen bietet an, bei der Planung und Durchführung solcher Schulereignisse zu unterstützen. Das in Dresden ansässige Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. offeriert in den neuen Bundesländern sowie in Hessen, Baden-Württemberg und dem Saarland schulische Projektstage zu den Themen Medien und Rassismus, Migration, Gewalt, couragiertes Handeln und Diskriminierung. Die Spiel- und

Theaterwerkstatt Villigst bietet eine Vielzahl von mehrtägigen Workshops an, die sich zur Durchführung während der *Internationalen Woche gegen Rassismus* eignen, darunter ein **Kindertheaterprojekt »Wie Gewalt und Rassismus entstehen kann«** sowie einen **»Rap für Courage-Workshop«**. Ansprechpartner für antirassistische und interkulturelle Projektstage oder Projektwochen sind beispielsweise auch das Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC) – NRW, das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentren in Berlin und das Entwicklungspädagogische Informationszentrum Reutlingen sowie das Bildungsteam Berlin-Brandenburg. Das Bildungsteam bietet drei- bis fünftägige antirassistische Seminarfahrten und Projektstage für Jugendliche sowie zwei- bis dreitägige Fortbildungen für Lehrer/innen und pädagogische Fachkräfte an, die für das Thema »Rassismus« sensibilisieren und Methoden der antirassistischen Bildungsarbeit vermitteln wollen.

Weitere Informationen:

- **Bundeskoordination Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage**
Ahornstr. 7, 10787 Berlin, Tel.: 030/21 45 86-0, Fax: 030/21 45 86-20,
www.schule-ohne-rassismus.org
- **Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.**
Schützenplatz 14, 01067 Dresden,
Tel.: 0351/48 100 60, Fax: 0351/48 100 61, www.netzwerk-courage.de
- **Spiel- und Theaterwerkstatt Villigst**
Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen,
Referat Kultur- und Medienarbeit, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte,
Tel.: 02304/755-194, Fax: 02304/755-295, www.stw-villigst.de
- **Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC) – NRW**
Friedensstr. 11, 47053 Duisburg,
Tel.: 0203/93 51 570, Fax: 0203/93 57 466, www.aric-nrw.de,
- **Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum Berlin**
Urbanstr. 71, 3. Hof, 10967 Berlin,
Tel.: 030/692 64 18/19, Fax: 030/692 64 19, www.epiz-berlin.de
- **Entwicklungspädagogisches Informationszentrum Reutlingen**
Planie 22/A, 72764 Reutlingen,
Tel.: 07121/49 10 60, Fax: 07121/49 11 02, www.epiz.de
- **Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.**
Cuvrystr. 20, 10997 Berlin,
Tel.: 030/610 765 44, Fax: 030/610 765 45, www.bildungsteam.de

■ Seminare in der politischen Bildung

Ziel: Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung sowie zu diesem Themenfeld gehörende spezielle Fragestellungen und Probleme.

Zielgruppen: Seminare in der politischen Bildung richten sich vor allem an Multiplikatoren wie Lehrer und Ausbilder, je nach Themenschwerpunkt aber auch an andere Interessierte.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Seminare und Workshops in der politischen Bildung werden von verschiedenen Trägern, wie z.B. der Bundeszentrale für Politische Bildung und ihren Landeszentralen, von den Instituten für Lehrerfortbildung, den Evangelischen und Katholischen Akademien in Deutschland, dem Internationalen Bund oder von den Gewerkschaften angeboten. In der Regel informieren die Einrichtungen auf ihren Homepages und durch Veranstaltungskalender frühzeitig über geplante Seminare und Fortbildungsveranstaltungen. Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit (IDA e.V.) veranstaltet regelmäßig Tagungen und Symposien zu Fragen der Antirassismusarbeit. Das Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes führt seit Jahren spezielle Veranstaltungen zur Woche gegen Rassismus durch und bietet Fortbildungen und Seminare zur interkulturellen Öffnung von Verwaltungen und Betrieben an. Auch »Mach meinen Kumpel nicht an« e.V. (Kumpelverein) richtet regelmäßig Workshops zum Thema Rassismus in der Arbeitswelt aus. Der Interkulturelle Rat in Deutschland e.V. veranstaltet einmal jährlich eine Tagung, bei der sich viele Organisationen über Inhalte und Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus austauschen.

Weitere Informationen:

- **Bundeszentrale für politische Bildung**
Adenauerallee 86, 53113 Bonn,
Tel.: 01888/515-0, Fax: 01888/515-113, www.bpb.de
- **Evangelische Akademien in Deutschland e. V.**
Geschäftsstelle, Auguststrasse 80, 10117 Berlin,
Tel.: 030/283 95-403, Fax: 030/283 95-470, www.ekd.de/akademien
- **Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB)**
Heilbachstr. 6, 53123 Bonn,
Tel.: 0228/289 29 30, Fax: 0228/289 29 57, www.aksb.de

■ Internationaler Bund

Geschäftsstelle, Burgstraße 106, 60389 Frankfurt am Main,
Tel.: 069/945 45-0, Fax 069/945 45-280, www.internationaler-bund.de

■ Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand

Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,
Tel.: 030/240 60-0, Fax: 030/240 60-324, www.dgb.de

■ Informations- und Dokumentationszentrum für

Antirassismuarbeit e. V. (IDA e.V.)

Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf,
Tel.: 0211/15 92 55-5, Fax: 0211/15 92 55-69, www.idaev.de

■ DGB-Bildungswerk e.V.

Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf,
Tel.: 0211/43 01-0, Fax: 0211/43 01-500, www.dgb-bildungswerk.de

■ »Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V. – Verein gegen

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Geschäftsstelle: DGB Bildungswerk, Migration & Qualifizierung,
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf,
Tel.: 0211/430 11 93, Fax: 0211/430 11 34, www.gelbehand.de

■ Interkultureller Rat in Deutschland

Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt,
Tel.: 06151/33 99 71, Fax: 06151/39 19 740, www.interkultureller-rat.de

»Rassismus ist eine menschenverachtende Haltung gegenüber Personen und Gruppen, die sich durch Hautfarbe, Religion oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie unterscheiden. Rassismus verstößt gegen Menschenwürde und Menschlichkeit und ist eine unmenschliche Ausgrenzung, die von niemandem in unserer demokratischen Gesellschaft toleriert werden darf.«

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D.

Kreativ-künstlerische Projekte

- Foto- und Bilderausstellungen
- Jugendtheater / Theater
- Kino und Film

■ Foto- und Bilderausstellungen

Ziel: Das Erstellen einer Ausstellung ermöglicht eine handlungsorientierte und kreativ-künstlerische Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Fremdsein und Diskriminierung. Die Erarbeitung eines Ausstellungskonzeptes und die Auswahl der Exponate verlangt von allen Beteiligten Diskussionsbereitschaft und den Willen, trotz einzelner unterschiedlicher Auffassungen ein gemeinsames Ziel zu verfolgen.

Zielgruppen: Diese Form der Aktion ist mit verschiedenen Gruppen möglich. Auch jüngere Kinder können sich kreativ mit dem Thema auseinander setzen.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Sie können eine eigene Ausstellung schaffen, die Fotos, Bilder oder andere Kunstwerke zeigt. Eine Ausstellung aufzubauen benötigt Zeit. Sie sollten also frühzeitig mit der Planung beginnen und das Thema mit Ihrer Gruppe vorbereiten. Schon mit der Planung und den vorbereitenden Diskussionen wird eine Auseinandersetzung mit der Thematik angeschoben. Die Schüler können unmissverständliche Botschaften gegen Gewalt und Rassismus ins Bild setzen, ihre Wünsche und Hoffnungen, aber auch ihre Betroffenheit und Ängste ausdrücken. Auch die Frage, wo die Exponate gezeigt werden können, muss frühzeitig geklärt werden. Einige Monate Vorlaufzeit sind hierfür unbedingt nötig.

Wem die Schaffung einer eigenen Ausstellung zu arbeitsintensiv erscheint, kann auf bestehende Ausstellungen zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – wie z.B. die Wanderausstellung »**Wer, wenn nicht wir?**« der Ludwigshafener Grafikerin Silvia Izi – zurückgreifen. Die Ausstellung wandert seit über zehn Jahren von Schule zu Schule. Die Voraussetzung dafür, dass sie an einen neuen Ort kommt ist, dass sich Schülerinnen und Schüler mit eigenen Bildern beteiligen. Die organisatorische Vorbereitung einer eigenen Ausstellung entfällt, die inhaltliche Auseinandersetzung und die Herstellung eigener Exponate bleibt ein Muss. Die Ausstellung wird durch dieses Kon-

zept permanent weiterentwickelt. An jedem Ort, an dem sie neu gezeigt wird, erzählt sie somit von den Plätzen und Menschen, denen sie zuvor begegnet ist.

Erprobt in der Durchführung von Ausstellungen ist auch der Rostocker Verein Diên Hồng: Die Ausstellung **»Von Menschen, Ansichten und Gesetzen«** behandelt die rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen sowie die darauffolgende zehnjährige Entwicklung im bundesweiten Kontext von Migration und Rechtsextremismus. Die von Diên Hồng gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitete Ausstellung **»Taking root in hard ground – Wurzeln schlagen auf hartem Boden«** zeigt die Lebenslagen Zugewanderter in der Rostocker Region. Beide Ausstellungen sind kostenlos auszuleihen, Veranstalter müssen lediglich die Transportkosten tragen. Informationen sind bei Diên Hồng erhältlich.

Im Internet präsentiert das Aktionsbündnis **»Hier geblieben!«** von Kindern und Jugendlichen gestaltete **Hier geblieben!-Ansichtskarten**, mit denen sie sich bei Politikern dafür einsetzen, in Deutschland geduldeten Kindern und Jugendlichen endlich ein Bleiberecht zu gewähren. Mittlerweile besteht die Ausstellung aus etwa 2.500 Karten, die sich mit der Situation der geduldeten Kinder und Jugendlichen auseinandersetzen.

Ebenfalls im Internet findet sich eine virtuelle Ausstellung, die die Ergebnisse der Projektarbeit einer Schülergruppe der Edith-Stein-Schule in Friedrichsthal (Saarland) dokumentiert. Die Schülerinnen und Schüler haben sich am Beispiel des ehemaligen NS-Lagers **»Neue Bremm«** in Saarbrücken alltags- und sozialgeschichtlich orientiert mit dem Nationalsozialismus im Saarland und weitergehend mit dem fortbestehenden Rechtsextremismus in ihrem Bundesland beschäftigt. Die Ausstellung **»Der Gewalt keine Chance! – Schüler über Naziterror und Rechtsextremismus im Saarland«** besteht aus insgesamt 31 Tafeln. Sie ist nicht nur online verfügbar, sondern kann auch von interessierten Schulen angefordert werden.

Beim Institut für Migrations- und Rassismusforschung in Hamburg kann die Ausstellung **»Postkoloniale Postkarten«** angefordert werden. Sie präsentiert Postkarten, die während des deutschen Kaiserreichs und der Weimarer Republik in großen Mengen zirkulierten. Das Verschicken und Sammeln kolonialer Motive ermöglichte es dem deutschen Normalbürger, vom heimischen Wohnzimmer aus an der Eroberung ferner Länder und fremder Kulturen teilzunehmen.

Weitere Informationen:

- **»Wer, wenn nicht wir«,** Kontakt per Mail: Silvia.lzi@werwenn.de, Informationen zur Ausstellung: www.werwenn.de
- **Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V.**
Waldemarstr. 33, 18057 Rostock,
Tel.: 0381/128 69 70, Fax: 0381/768 99 71, www.dienhong.de
- Die **Postkartenausstellung** des Aktionsbündnisses **»Hier geblieben!«** findet sich im Internet unter der Adresse www.hier.geblieben.net
- Die Ausstellung **»Der Gewalt keine Chance! – Schüler über Naziterror und Rechtsextremismus im Saarland«** und weitere Informationen finden sich im Internet unter der Adresse www.neue-bremm-online.de
- **Institut für Migrations- und Rassismusforschung**
Felix Axster, Annenstr. 16, 20359 Hamburg,
Tel.: 040/31 17 13 61, www.verkehrte-bilder.de

■ Jugendtheater/ Theater

Ziel: Auf (schau-)spielerische Weise setzen sich Jugendliche mit ernststen Themen auseinander. Sie lernen empathisches Verhalten, in dem sie eine ihnen ansonsten fremde Rolle übernehmen. Der Gemeinschaftssinn in der Gruppe wird gestärkt.

Zielgruppen: Insbesondere Schulen und Jugendgruppen der freien Jugendarbeit.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Theater selbst machen ist für Kinder und Jugendliche eine spannende Beschäftigung. Neben Theater-Klassikern wie Max Frischs *Andorra* oder Lessings *Nathan der Weise* gibt es Jugendtheater, die eigene Stücke inszenieren. Die meisten städtischen Bühnen oder Staatstheater beschäftigen Theaterpädagogen. Diese und selbstständig tätige Theaterpädagogen können bei der Planung behilflich sein. Auch freie Theatergruppen können angesprochen werden. In vielen Schulen gibt es außerdem Theater-AG's, die bereits Erfahrungen mit Jugend- und Schultheater gemacht haben. Die Inszenierung eines Theaterstückes braucht einen mehrmonatigen zeitlichen Vorlauf, mit der Planung sollte ein Jahr vorher begonnen werden. Im Rahmen einer pädagogischen Reportagereihe der ARD wurde eine Produktion mit dem Titel **»Ach du buntes Deutschland – Theater gegen Rassismus«**

erarbeitet. Der Film, der bei vielen Landesmedienzentralen ausgeliehen werden kann, stellt vier Schultheaterprojekte vor, die sich mit der Lebenssituation von Migrant/innen und ihren Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung befassen.

Wer kein eigenes Stück einstudieren kann oder will, sollte frühzeitig prüfen, welche Stücke in welchem Theater dargeboten werden. Unter Umständen bietet sich der Besuch eines Theaters in der Stadt zum Thema an. Auch Theaterworkshops in Kooperation mit örtlichen Theatergruppen oder mit Theaterpädagogen sind denkbar. Das GRIPS-Theater in Berlin hat im Rahmen der Bleiberechtskampagne für Geduldete ein Theaterstück »**Hier geblieben!**« in sein Programm aufgenommen. Das Stück beschreibt die wahre Geschichte der Schülerin Tanja Ristic. Tanja war drei Jahre alt, als ihre Eltern 1995 mit ihr aus Bosnien nach Deutschland flohen. Am 10. August 2004 wurde das heute 14-jährige Mädchen von der Polizei aus dem Unterricht geholt und gemeinsam mit ihrer Familie in Abschiebehaft genommen. Dem Einsatz ihrer Mitschüler ist es zu verdanken, dass Tanja und ihre Mutter bisher nicht aus Deutschland abgeschoben wurden. Dieses Schicksal ereilte jedoch ihren Vater und ihre 17-jährige Schwester. Die Familie lebt seither getrennt. Das Theaterstück ist als mobile Produktion konzipiert und kann von Schulen angefragt werden.

Weitere Informationen:

- **GRIPS Theater, Aktion »Hier Geblieben!«**
Altonaerstr. 22, 10557 Berlin, www.hier.geblieben.net

■ Kino und Film

Ziel: Über das Medium Film können Geschichtsbewusstsein, Identitätsbildung, Empathievermögen und das Verständnis für fremde Kulturen gefördert werden.

Zielgruppen: Jugendliche und Erwachsene.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Das Medium Film gewinnt im Zeitalter der modernen Mediengesellschaft immer mehr an Bedeutung. Dabei sollte neben der faszinierenden Unterhaltung aber auch immer der kritische Blick geschult werden. Denn Film ist nicht nur Unterhaltung, sondern auch Fenster zur Welt, Erzieher und Lieferant

von Vorbildern. Viele Filme eignen sich hervorragend für den Einsatz während einer Aktionswoche gegen Rassismus. Mit örtlichen Kinos können Sonderveranstaltungen am Vormittag vereinbart werden, manchmal bietet auch das laufende Programm passende Filme. In Schulen können auch per Video oder DVD Filme im Klassenraum gezeigt werden, die dann im Unterricht nachbesprochen werden sollten. Filme können unter anderem bei den Landesbildstellen und -medienzentren sowie Mediendiensten der Kirchen und beim DGB-Bildungswerk ausgeliehen werden. Auch die Mediathek gegen Rassismus bietet ein umfangreiches Mediensortiment zum Thema Rassismus und Diskriminierung an. Die Materialien können kostenlos online bestellt werden. Die Mediathek gegen Rassismus ist ein Projekt des Antidiskriminierungsbüros in Siegen.

Das Institut für Kino und Filmkultur bietet Schulen in vielen Bundesländern im Rahmen seines Projekts »Lernort Kino« die Möglichkeit, an mehrtägigen Kinoseminaren zum Thema »**Fremde Kulturen**« teilzunehmen. Begleitende Filmhefte zu einzelnen Filmen informieren nicht nur über den Inhalt des jeweiligen Filmes, sondern stellen auch Fragen, die zur Diskussion anregen und gehen auf die Filmsprache – also Erzählstruktur, Kameraführung, Schnitt und Montage – ein. Unterstützt wird das Projekt unter anderem durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung, Filmförderungseinrichtungen der Bundesländer sowie Filmverleiher und Kinoverbänden.

Weitere Informationen:

- Eine vollständige Übersicht über Adressen und Angebote der **Landesbildstellen** und **Landesmedienzentren** sowie der **kirchlichen Filmverleihe** findet sich auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de → AV-Medienkatalog → Verleihstellen)
- **Institut für Kino und Filmkultur**
Mauritiussteinweg 86-88, 50676 Köln,
Tel.: 0221/397 48 50, Fax: 0221/397 48 65, www.lernort-kino.de
- **DGB-Bildungswerk e.V.**
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/43 01-0, Fax: 0211/4301-500, www.dgb-bildungswerk.de
- **Mediathek gegen Rassismus**
Kölner Strasse 11, 57072 Siegen, Tel.: 0271/250 13 83,
Fax: 0271/250 13 85, www.mediathek-gegen-rassismus.de

Exkursionen

- Museen
- »Geographie für alle« – interkulturelle Stadtrundgänge
- Exkursionen zu Begegnungs- und Gedenkstätten

■ Museen

Ziel: International oder interkulturell orientierte Museen können insbesondere junge Menschen durch ihre Ausstellungen für die Vielfalt der Kulturen sensibilisieren. Der Wechsel der Perspektiven, den Ausstellungen anbieten, trägt dazu bei, die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Lebensweisen zu erkennen und als bereichernde Vielfalt annehmen zu können. Die begleitende Museumspädagogik bietet verschiedenste Ansätze für Aktionen.

Zielgruppen: Menschen aller Altersgruppen, Schulklassen, Kindergartengruppen, Gruppen aus der Erwachsenenbildung.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Museen können Orte der Begegnung zwischen den Kulturen sein. Jenseits der Großstädte sind sie oft der einzige Kommunikationsort, an dem unverschult Erfahrungen mit dem »Fremden« vermittelt werden. Interkulturelle Museumspädagogik kann daher auch die Begegnung von Einheimischen und Migranten fördern.

In den vergangenen Jahren gab es im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus zahlreiche Veranstaltungen in Museen: Kunstausstellungen mit thematischem Schwerpunkt, Kunstworkshops, an denen sich das Publikum beteiligen konnte, Sonderveranstaltungen mit Gästen und Diskussionsrunden, Literatur- und Videowerkstätten, Begegnungen mit ausländischen Künstlern.

Oft eignet sich auch das aktuelle Ausstellungsprogramm von Museen für eine Exkursion im Rahmen der Aktionswoche – auch Sonderführungen können gebucht werden. Das Jüdische Museum in Frankfurt am Main bietet regelmäßig zur Woche gegen Rassismus Zeitzeugenveranstaltungen und Sonderführungen zum Thema Antisemitismus an. Ebenfalls in Frankfurt am Main eröffnet das Museum der Weltkulturen Kindern,

Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit, Einblicke in andere Lebenswelten zu gewinnen und diese als Erweiterung und Bereicherung des eigenen Denkens und Handelns zu erleben.

Weitere Informationen:

- Eine Übersicht über **Museen in Deutschland**, ihre aktuellen Ausstellungen, Öffnungszeiten und Adressen findet sich im Internet unter www.museen.de
- **Jüdisches Museum Frankfurt am Main**
Untermainkai 14/15, 60311 Frankfurt,
Tel.: 069/212-350 00, Fax: 069/212-307 05, www.juedischesmuseum.de
- **Museum der Weltkulturen**
Schaumainkai 29-37, 60594 Frankfurt am Main,
Tel.: 069/212-359-13, Fax: 069/212-307-04, www.mdw.frankfurt.de

■ »Geographie für alle« – interkulturelle Stadtrundgänge

Ziel: Ziel von interkulturellen Stadtrundgängen ist es, die Sichtweise auf die eigene Stadt und die eigene Lebenswirklichkeit zu erweitern und Geschichte und Entwicklung des eigenen Lebensraums besser und vor allem aus einem anderen Blickwinkel heraus kennen zu lernen.

Zielgruppen: Jugendliche und Erwachsene aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: In einer Stadt gilt es nicht nur, bekannte Sehenswürdigkeiten und touristische Attraktionen aufzusuchen, sondern auch die Menschen kennen zu lernen, die in ihr leben und sie mitgestalten. Einzelne Stadtviertel bekommen ihren typischen Charakter und ihre Atmosphäre durch die Menschen, die dort leben – oft auch durch Einwanderer, die in einem Viertel besonders stark vertreten sind.

In nahezu allen Städten werden inzwischen sogenannte Themenrundgänge angeboten, oftmals auch interkulturelle Stadtrundgänge zu Themen, die je nach Stadtgeschichte und Stadtviertel variieren. So gibt es in Frankfurt am Main einen **Rundgang »Jüdisches Frankfurt«**, der über das Jüdische Leben in der Stadt informiert, das bis

in das 11. Jahrhundert zurückreicht und zu verschiedenen Stätten des historischen jüdischen Frankfurts und Orten des heutigen jüdischen Lebens führt. In **Berlin** erkunden Einheimische und Migranten bei **interkulturellen Stadtpaziergängen** die facettenreichen Kulturen ihrer Stadt, suchen Synagogen, Moscheen und Kirchen auf, schauen bei dem türkischen Reisebüro oder dem spanischen Obst- und Gemüsehändler um die Ecke vorbei, besuchen einen im Viertel lebenden eritreischen Musiker und lernen dadurch, dass ihr Stadtviertel ohne die Einflüsse von Migranten und Zuwanderern ärmer und weniger lebenswert wäre.

Für die **Stadt Augsburg** wurde 2005 ein **interkultureller Stadtplan** erarbeitet (www.interkultureller-stadtplan.de), der versucht, die ethnische Vielfalt vor Ort auf anschauliche Art und Weise sichtbar und erlebbar zu machen.

Im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus 2005 lud ein **interkultureller Stadtrundgang durch Heppenheim** (Kreis Bergstraße) zur Spurensuche migrantisches Lebens in der Stadt ein. Beispiele waren ein italienisches Restaurant, die erste »Gastarbeiter«-Unterkunft, eine afghanische Nähstube, ein griechischer Pelzhandel, ein russisch-jüdisches Seniorenheim, ein von Eritreern betriebener Telefonladen, eine marokkanische Moschee und das Martin-Buber-Haus mit dem Sitz des »Internationalen Rats für Juden und Christen«.

Weitere Informationen:

- Ob vor Ort in Städten und größeren Gemeinden interkulturelle Stadtrundgänge angeboten werden, kann in den Touristeninformations-Büros der einzelnen Städte erfragt werden.
- **Ausländerbeauftragte im Kreis Bergstraße**, Frau Brigitte Paddenberg, Am Graben 15, 64646 Heppenheim, Tel.: 06252/15 57 82, www.bergstrasse.de

■ **Exkursionen zu Begegnungs- und Gedenkstätten**

Ziel: Die Teilnehmer sollen angeregt werden, sich am authentischen Ort selbstständig mit den historischen Erfahrungen von Diktatur, Terror, Rassismus und Völkermord auseinander zu setzen. Der Brückenschlag zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und

Rechtsextremismus setzt die Geschichte in einen aktuellen Bezug und soll für diese Themen sensibilisieren.

Zielgruppen: Jugendliche und (junge) Erwachsene.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Je weiter sich die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges zeitlich entfernen, umso größer wird die Bedeutung der Bildungs- und Erziehungsarbeit in Gedenkstätten. Der Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers und die begleitende pädagogische Arbeit können Einfluss auf die Einstellungsbildung von Jugendlichen nehmen. Sie erziehen zu Toleranz und zeigen Methoden auf, wie man sich Rassismus, Vorurteilen und Rassendiskriminierung widersetzen kann. Ehemalige Konzentrationslager des nationalsozialistischen Terrors können besucht werden, die Gedenkstätten bieten Workshops für Lehrer und Schüler, spezielle Führungen und Medienmaterialien. In vielen lokalen und scheinbar unspektakulären ehemaligen Konzentrationslagern nähert man sich der Vergangenheit mit einem alltags- und sozialgeschichtlichen Ansatz. In Ausstellungen und Dokumentationen wird dargestellt, wie sich die Bevölkerung vor Ort konkret zu dem Lager verhalten hat. Berichtet wird von Denunziation, vom Wegschauen, von Geschäften, die mit den Häftlingen gemacht wurden, aber auch von Fluchthilfe und dem heimlichen Überbringen von Lebensmitteln. Einen solchen alltags- und sozialgeschichtlichen Ansatz verfolgt beispielsweise der Förderverein Projekt Osthofen, der sich mit der Geschichte des dortigen ehemaligen Konzentrationslagers beschäftigt.

Einrichtungen wie die Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main laden dazu ein, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und ihren vielfältigen Bezügen zur Gegenwart auseinander zu setzen. Es werden Seminare, Workshops und Projektstage zu historischen und aktuellen Themen veranstaltet. Eine Ausstellung informiert über das Leben von Anne Frank. In ganz Deutschland gibt es weitere Jugendbegegnungsstätten, die verschiedene pädagogische Angebote machen, so z.B. die Gedenkstätte Hadamar des Internationalen Bundes oder das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg, das sich vor allem mit dem nationalsozialistischen Völkermord an Sinti und Roma beschäftigt und Führungen, Gespräche, Diskussionen und verschiedene andere pädagogische Projekte anbietet.

Exkursionen zu Begegnungs- und Gedenkstätten bedürfen einer intensiven Vor- und Nachbereitung.

Weitere Informationen:

- Eine umfassende **Übersicht über Gedenkstätten** für die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust findet sich im Online-Angebot des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt am Main unter der Adresse www.fritz-bauer-institut.de/links/gedenkstaetten.htm oder unter www.shoa.de
- **Gedenkstätte »Ehemaliges KZ Osthofen«**
Ziegelhüttenweg 38, 67574 Osthofen, Tel: 06242/91 08 25,
Fax: 06242/91 08 29, www.projektosthofen-gedenkstaette.de
- **Jugendbegegnungsstätte Anne Frank**
Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main, Tel.: 069/560 00 20,
Fax: 069/56 00 02 50, www.jbs-anne-frank.de
- **Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar – Internationaler Bund**
Mönchberg 8, 65589 Hadamar, Tel.: 06433/93 01 76,
Fax: 06433/93 01 77, www.internationaler-bund.de,
Homepage der Gedenkstätte: www.gedenkstaette-hadamar.de
- **Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma**
Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg,
Tel.: 06221/98 11 02, Fax: 06221/98 11 77, www.sintiundroma.de

Veranstaltungen mit Gastreferenten

- Jüdische Zeitzeugen
- Moderne Zeitzeugen
- Diskussionsveranstaltungen mit Journalisten, Politikern und anderen Entscheidungsträgern; Lesungen mit Prominenten
- Interreligiöser Dialog

■ Jüdische Zeitzeugen

Ziel: Veranstaltungen mit Zeitzeugen und Überlebenden der Shoah können dazu beitragen, dem Wiedererstarken des Antisemitismus bei jungen Menschen vorzubeugen. Überlebende der Shoah sind Leidtragende und Zeugen der unmenschlichsten Ausprägung des Rassismus, die jemals stattgefunden hat.

Zielgruppen: Zeitzeugen können in nahezu allen Bereichen eingesetzt werden, in Schulen der verschiedenen Bildungswege, in Universitäten, aber auch in der Erwachsenenbildung, in Volkshochschulen, Kirchengemeinden, bei sonstigen Bildungsveranstaltungen und Seminaren.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Jeder Zeitzeuge berichtet über »seine« Realität. Die Wahrnehmung eines jeden einzelnen ist anders und für manche ist es nicht einfach, die Erlebnisse der eigenen Geschichte in den Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte zu stellen. Gerade deshalb ist es unerlässlich, schon vor einer Veranstaltung den Kontakt aufzubauen und zu klären, was berichtet werden wird. Für Schulen gilt, eine Zeitzeugenveranstaltung im Idealfall in eine Unterrichtsreihe einzufügen. Eine gute Vor- und Nachbereitung ist unbedingt notwendig.

Oft sind Diskussionen direkt nach Zeitzeugenberichten nicht möglich. Vor allem junge Zuhörer sind geschockt und befangen und müssen das Gehörte erst verarbeiten. Umso wichtiger wird damit die Nachbereitung, in der die Ausführungen besprochen und verarbeitet werden müssen. Falls es doch zur Diskussion kommen soll, planen Sie auf jeden Fall genügend Zeit ein. Im Einzelfall kann der Interkulturelle Rat interessierten Schulen Kontakt zu Zeitzeugen vermitteln.

Als Schwerpunkt ihrer Arbeit widmet sich die Zeitzeugenbörse in Berlin der Aufgabe, Zeitzeugen in die schulische und außerschulische Bildung zu vermitteln. Auch der Fonds »Erinnerung und Zukunft« fördert und unterstützt die persönliche Begegnung mit Zeitzeugen, die im Dritten Reich Opfer von Gewalt und Verfolgung waren. Ein besonderer Förderschwerpunkt liegt auf der Auseinandersetzung mit ehemaligen Zwangsarbeitern. Deren Lebenswege sollen bekannt gemacht und dokumentiert werden.

60 Jahre nach dem Ende des 3. Reichs ist die lebendige Erinnerung an die Shoah jedoch gefährdet. Die Überlebenden des Völkermordes werden älter und weniger. Oftmals sind die Kinder und Enkelkinder der Häftlinge in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern dazu bereit, an Veranstaltungen teilzunehmen und über die Geschichte ihrer Verwandten, aber auch über ihre eigenen Erfahrungen in Deutschland zu berichten. Mehr und mehr jedoch geht man dazu über, die Erinnerungen von Zeitzeugen zu dokumentieren und in der Bildungsarbeit mit diesen Materialien zu arbeiten. Das Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt am Main beispielsweise hat Video-Interviews

für die pädagogische Arbeit mit Zeitzeugenaussagen konzipiert. Sie sind für den Einsatz in der Schule (Unterricht in den Fächern Geschichte, Gesellschaftslehre, Gemeinschaftskunde, Religion, Ethik und Deutsch bzw. in fächerübergreifenden Projekten ab Klasse 8), der Erwachsenenbildung, der Lehrerfortbildung und der außerschulischen Bildungsarbeit geeignet. Das Lebendige Virtuelle Museum Online (LEMO) ist ein gemeinsames Projekt des Fraunhofer Institut für Software- und Systemtechnik, des Deutschen Historischen Museums in Berlin und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Gemeinsam präsentieren sie im Internet die deutsche Geschichte von 1900 bis zur Gegenwart. Ein Schwerpunkt dabei sind authentische Berichte von Zeitzeugen unter anderem der Jahre 1933 bis 1945.

Weitere Informationen:

- **Interkultureller Rat in Deutschland**
Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt,
Tel.: 06151/33 99 71, Fax: 06151/39 19 740, www.interkultureller-rat.de
- **ZeitzeugenBörse e.V.**
Ackerstraße 13, 10115 Berlin, Tel.: 030/44 04 63 78, Fax: 030/44 04 63 79,
www.zeitzeugenboerse.de
- **Fonds »Erinnerung und Zukunft«**
c/o Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«,
Markgrafenstraße 12-14, 10969 Berlin,
Tel.: 030/25 92 97 80, Fax: 030/25 92 97 42, www.zukunftsfonds.de
- **Fritz Bauer Institut**, Stiftung des bürgerlichen Rechts
Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main,
Tel: 069/79 83 22 40, Fax: 069/79 83 22 41, www.fritz-bauer.institut.de
(→ Publikationen → Video-Interviews mit Zeitzeugen)
- Zeitzeugenberichte im **Lebendigen Virtuellen Museums Online**
finden sich in der Rubrik »Kollektives Gedächtnis« unter
www.dhm.de/lemo/suche/kg.html

■ Moderne Zeitzeugen

Ziel: Migrantinnen und Migranten sind moderne Zeitzeugen für die alltägliche Lebensrealität einer Minderheit in Deutschland. Ihre authentischen Beschreibungen und Erzählungen können helfen, Diskriminierungen zu erkennen und motivieren, ihnen entgegen zu wirken. Sie fördern somit das Empathie-Vermögen insbesondere junger Menschen. Das Expertenwissen »moderner Zeitzeugen der Migration« über die Kultur und das Leben in ihrem Herkunftsland können dazu beitragen, den Horizont zu erweitern und scheinbar Fremdes besser zu verstehen.

Zielgruppen: Die meisten Projekte dieser Art richten sich an Schulen. Sie sind aber auch für andere Bildungseinrichtungen geeignet, die interkulturelles Lernen ermöglichen wollen, so z.B. berufsbildende Institutionen, Universitäten, kommunale und kirchliche Einrichtungen und andere Gruppen.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Verschiedene Träger vermitteln »moderne Zeitzeugen«, die sich für die Stärkung von Toleranz und Weltoffenheit einsetzen. In dem Grenzenlos-Projekt des World University Service (WUS) werden Studierende aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa didaktisch und pädagogisch ausgebildet. Anschließend besuchen sie Schulklassen und berichten dort über ihre Erfahrungen in Deutschland oder über die aktuelle Situation und das Leben in ihrem Herkunftsland. Dabei geht es in erster Linie darum, die interne Kommunikation zwischen Kindern mit Migrationshintergrund und einheimischen Kindern in den Klassen herzustellen. Die Gespräche finden in aufgelockerter Atmosphäre statt, kleine Anekdoten aus dem Leben der Referenten leiten schließlich über zu Fragen nach dem Verhältnis von Individuum und Mehrheitsgesellschaft. Die meist sehr rege Beteiligung der Schüler/innen lassen die zwei Unterrichtsstunden wie im Flug vergehen. Auch bei diesen Besuchen ist die Vorbereitung sehr wichtig, so dass es immer ein Vorbereitungstreffen gibt, an dem die Studierenden und die Lehrer/innen die Veranstaltung gemeinsam vorbesprechen. Die Besuche der WUS-Studenten/innen wirken sich oft positiv auf das Klima in der Klasse aus und tragen zum besseren gegenseitigen Verständnis einzelner Schülergruppen bei.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Gesicht Zeigen! – Aktion weltoffenes Deutschland mit seinem Projekt »**Moderne Zeitzeugen – Besuche im anderen Leben**«. Das Projekt will durch wechselseitige Besuche den toleranten und gleichberechtigten Aus-

tausch zwischen Jugendlichen und Migrant/innen initiieren und fördern. Bei den Migrant/innen handelt es sich Künstler, Anwälte, Lehrer, Filmemacher, Sportler und andere, die sich in dem Projekt engagieren.

Einen anderen Weg geht der Deutsche Entwicklungsdienst (DED). Er vermittelt deutsche »Entwicklungshelfer« als Referent/innen, die über ihre Erfahrungen in afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern berichten. Sie erzählen über ihre Erlebnisse im Umgang mit Ungewohntem und Fremdem. Die Zuhörer lernen, dass der Prozess der neugierigen Auseinandersetzung mit dem »Anderen« die eigene Persönlichkeit bereichert.

Weitere Informationen:

- **World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.**
Projekt »Grenzenlos«, Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden,
Tel.: 0611/944 61 71, Fax: 0611/44 64 89, www.wusgermany.de
- **Gesicht Zeigen! – Aktion Weltoffenes Deutschland e.V.**
Kurfürstendamm 178/179, 10707 Berlin,
Tel.: 030/280 44 785, Fax.: 030/280 44 784, www.gesichtzeigen.de
- **Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH**
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn,
Tel.: 0228/243 40, Fax: 0228/243 41 11, www.ded.de

■ **Diskussionsveranstaltungen mit Journalisten, Politikern und anderen Entscheidungsträgern; Lesungen mit Prominenten**

Ziel: Junge Menschen setzen sich im Vorfeld der Diskussion mit dem Themenfeld Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung auseinander. In der Diskussion mit Politikern und Journalisten lernen sie, eigene Positionen gegenüber denjenigen zu formulieren, die Partner und Gegenüber des zivilgesellschaftlichen Engagements sind. Gleichzeitig lernen sie, in einem Dialog andere Positionen anzuhören, diese nachzuvollziehen und gegebenenfalls zu akzeptieren.

Zielgruppen: Je nach thematischem Schwerpunkt sind Diskussionsveranstaltungen für Schulen, die außerschulische Jugendbildung, für die Erwachsenenbildung, aber auch für Kirchengemeinden geeignet. Auch thematische Sonderveranstaltungen in Museen, Bibliotheken, Theatern sowie in der Kommune sind möglich.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Für eine detaillierte Vorbereitung ist es ratsam, dass Sie möglichst genau angeben, was Thema der Veranstaltung sein soll, wie groß die Gruppe und wie sie beschaffen ist. Handelt es sich um Schüler oder ist es eine Erwachsenengruppe? Sprechen Sie mit dem Diskutanten genau ab, worum es gehen soll. Er muss wissen, welches Vorwissen besteht, mit welchen Themen sich die Gruppe eventuell bereits auseinandergesetzt hat und welche Fragen besprochen werden sollten.

Im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus im Jahr 2005 wurden an Schulen und in anderen (Bildungs-)Einrichtungen unter anderem Diskussionsveranstaltungen mit dem seinerzeitigen Generalsekretär der SPD, Klaus Uwe Benneter, mit dem Oberbürgermeister von Leipzig, Wolfgang Tiefensee und weiteren Politikern sowie Journalisten wie dem RTL-Chefmoderator Peter Klöppel und Künstlern wie Reiner Hunold durchgeführt.

Weitere Informationen:

- **Gesicht Zeigen! – Aktion Weltoffenes Deutschland e.V.**
Kurfürstendamm 178/179, 10707 Berlin,
Tel.: 030/280 44 785, Fax.: 030/280 44 784, www.gesichtzeigen.de
- **Interkultureller Rat in Deutschland**
Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt,
Tel.: 06151/33 99 71, Fax: 06151/39 19 740, www.interkultureller-rat.de

»Aufstehen gegen Rassismus braucht nicht Mut, braucht keine Ausbildung. Aufstehen gegen Rassismus ist die Verpflichtung gegenüber unserem moralischen Imperativ: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jedes Menschen.«

Claudia Roth, MdB, Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen

■ Interreligiöser Dialog

Ziel: Rassismus zeigt sich oft im Misstrauen gegenüber Angehörigen anderer Religionen. Nicht erst seit dem 11. September 2001 sehen sich Muslime einem Generalverdacht des Terrorismus ausgesetzt. Auch Antisemitismus tritt wieder stärker zutage. Neuere Untersuchungen belegen, dass antisemitische und islamophobe Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hereinreichen. Interreligiöse Dialogveranstaltungen haben das Ziel, den anderen und seine Religion besser kennen zu lernen und damit Ängste und Vorurteile abzubauen.

Zielgruppen: Veranstaltungen zum interreligiösen Dialog lassen sich in nahezu allen Gruppen durchführen, also von Kindergärten über Schulen bis zu Universitätsgruppen und Erwachsenengruppen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Das Spektrum von interreligiösen Dialogveranstaltungen ist groß. Sie können einen Besuch in einer Moschee oder einer Synagoge vereinbaren. Viele muslimische und jüdische Gemeinden freuen sich über das Interesse und bieten feste Besuchstage mit Führungen an. Gelegenheiten zur Begegnung bieten beispielsweise die »**Tag der offenen Moscheen**«, die alljährlich im Herbst stattfinden. Eine weitere Gelegenheit für interreligiösen Dialog und interreligiöse Begegnung stellen die Feiertage der Religionsgemeinschaften dar, die gemeinsam begangen werden können. Der Interkulturelle Rat hat im Januar 2005 erstmals eine Veranstaltung durchgeführt, bei der Muslime gemeinsam mit christlichen und jüdischen Menschen das Opferfest gefeiert haben.

Begegnungen mit Menschen anderer Religionen bedürfen guter Vorbereitung. Ihre Gruppe sollte ein Grundwissen über das Judentum, Christentum und den Islam erarbeitet haben, damit ein fruchtbarer Austausch zustande kommt und Fragen beantwortet werden können.

Das Projekt »**Weist Du wer ich bin?**« will durch die Begegnung von Christen, Juden und Muslimen einen Beitrag zum sozialen Frieden in Deutschland zu leisten. Das Projekt wird gemeinsam von Institutionen der drei monotheistischen Religionen in Deutschland getragen: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, Zentralrat der Juden in Deutschland, Zentralrat der Muslime in Deutschland und Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). Bundesweit werden mehrere inter-

religiös, interkonfessionell und interkulturell zusammengesetzte Gruppen nach dem Motto »Verbindendes entdecken, Unterschiede respektieren, füreinander eintreten, gemeinsam handeln« unterstützt und gefördert.

Der Interkulturelle Rat vermittelt sogenannte Abrahamische Teams, denen je ein/e Vertreter/in des Judentums, Islams und Christentums angehören. In Podiumsdiskussionen erklären sie Fragen zu ihrer Religion und beschreiben Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Auch interreligiöse Teams mit Angehörigen weiterer Religionen können eingeladen werden.

Weitere Informationen:

- **Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland**
Projekt »Weißt Du, wer ich bin?«, Frau Kathrin Kuhla,
Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt am Main, Tel.: 069/24 70 27 0,
Fax: 069/24 70 27 30, www.oekumene-ack.de/lade/index.html
- **Zentralrat der Juden in Deutschland**
Leo-Baeck-Haus, Postfach 04 02 07, 10061 Berlin,
Tel.: 030/28 44 56 0, Fax: 030/28 44 56 13, www.zentralratjuden.de
- **Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)**
Indestraße 93, 52249 Eschweiler,
Tel.: 02403/70 20 75, Fax: 02403/70 20 76, www.zentralrat.de
- **Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) e.V.**
50823 Köln, Venloer Straße 160, Tel.: 0221/57 98 20,
Fax: 9221/51 58 92, www.diyenet.org/de/startseite/index.php
- **Interkultureller Rat in Deutschland**
Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt,
Tel.: 06151/33 99 71, Fax: 06151/39 19 740, www.interkultureller-rat.de

»Die unveräußerliche Würde eines jeden Menschen gründet für uns in der Schöpfung Gottes und der Liebe Jesu. Der Schutz des Fremden ist ein wichtiges biblisches Gebot Gottes. Darum wenden wir uns als Christinnen und Christen gegen jede Form des Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung Andersdenkender, Andersgläubender und Anderslebender.«

Maria Jepsen, Bischöfin

Interkulturelle Feste und Sportveranstaltungen

- Konzert-, Musik- und Tanzveranstaltungen
- Interkulturelle Feste/Stadtteilstädte
- Sportveranstaltungen

■ Konzert-, Musik- und Tanzveranstaltungen

Ziel: Menschen aller Altersgruppen sollen durch das Medium Musik und Tanz einen wesentlichen Aspekt anderer Kulturen kennen lernen und so einen anderen Bezugspunkt zu dem ihnen »Fremden« erhalten.

Zielgruppen: Menschen aller Altersgruppen.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Die Musik- und Tanzwelt ist gekennzeichnet durch Internationalität. Jede Kultur hat ihre eigenen Ausdrucksformen in Musik und Tanz und bietet damit einen idealen Ansatzpunkt zur gegenseitigen Annäherung und Verständigung.

So können Konzerte mit internationalen Musikgruppen oder mit Gruppen veranstaltet werden, deren Mitglieder aus unterschiedlichen Kulturkreisen stammen. Möglich ist auch die Planung und Durchführung einer »abrahamischen Musikveranstaltung«, bei der gleichermaßen Klezmer-Musik, Sufi-Musik und Gospels dargeboten werden. Auch selbstorganisierte Musikworkshops, in denen die Teilnehmenden gemeinsam mit Instrumenten unterschiedlicher Kulturen musizieren, schaffen bei gelöster Stimmung ein starkes Moment des Miteinanders, man lernt den anderen in einem neuen Kontext kennen. Solche Musikprojekte können den Alltag z.B. in einer Schule aufbrechen, da Schüler und Schülerinnen aus allen Altersstufen zusammen musizieren und damit etwas Gemeinsames schaffen können. Bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Workshops können gegebenenfalls die Schulberatungsstellen in den Bundesländern oder die Musikschulen in Deutschland behilflich sein.

Eine Vielzahl von Künstlern engagiert sich mittlerweile in musikalischen Aktionsbündnissen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Unter den Dächern »Laut gegen Nazis«, »Mucke gegen Rechts«, »Rock gegen rechte Gewalt«, »Songs gegen Rechts«

oder »Brothers Keepers« versammelten und versammeln sich namhafte Musiker, um ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu setzen.

Musik wird zwischenzeitlich aber auch von Rechtsextremisten als ein Köder benutzt, um rassistisches Gedankengut zu verbreiten und insbesondere junge Menschen zu erreichen und einzufangen. So verteilte die NPD vor den Bundestagswahlen 2005 vor Schulen ihre sogenannte Schulhof-CD, die offen für die NPD und für ein Deutschland ohne Ausländer eintrat. Die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf und Argumente und Kultur gegen Rechts e.V. haben eine umfangreiche **Argumentationshilfe gegen die Schulhof-CD der NPD** herausgegeben, die sich an Lehrerinnen und Lehrer richtet.

Weitere Informationen:

- **Interkultureller Rat in Deutschland**
Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt,
Tel.: 06151/33 99 71, Fax: 06151/39 19 740, www.interkultureller-rat.de
- Adressen der regionalen **Schulberatungsstellen in den Bundesländern** sind bei den jeweiligen Kultusministerien zu erfragen. In vielen Bundesländern stellen die Kultusministerien auf ihrer Homepage eine entsprechende Linkliste bereit.
- **Verband Deutscher Musikschulen**
Geschäftsstelle, Plittersdorfer Str. 93, 53173 Bonn,
Tel.: 0228/95 70 60, Fax: 0228/95 70 633, www.musikschulen.de
- Informationen zu den **Aktionsbündnissen von Musiker/innen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus** finden sich unter anderen unter den folgenden Internet-Adressen: www.laut-gegen-nazis.de, www.rockgegenrechtengewalt.de, www.mucke-gegen-rechts.de, www.rechts-frei.de, www.brothers-keepers.de
- **Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf**
Universitätsstr. 1, Geb. 24.21, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/811 46 25,
Fax: 0211/ 81 49 0, www.arbeitsstelle-neonazismus.de
- **Argumente und Kultur gegen Rechts e.V.**
Postfach 102948, 33529 Bielefeld, <http://people.freenet.de/auk/>

■ Interkulturelle Feste / Stadtteilfeste

Ziel: Interesse an anderen Kulturen wecken, interkulturelle Begegnungen ermöglichen, zwischenmenschliche Kontakte knüpfen. Die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung eines Festes schafft Kontakte zu unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb einer Gemeinde oder eines Stadtteils.

Zielgruppen: Sportvereine, Migrantenorganisationen, Stadtteilvereine, Kommunen, Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten, Gewerbegemeinschaften, kulturelle Einrichtungen, Stadtverwaltungen, Religionsgemeinschaften und andere. Menschen aller Altersgruppen können sich beteiligen.

»Die Zielsetzungen und Bemühungen des Interkulturellen Rates in Deutschland unterstütze ich aus voller Überzeugung!

Gewaltbereiter Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit gefährden unsere freiheitliche Demokratie und müssen deshalb mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Aber das allein genügt nicht!

Zuerst und vor allem kommt es auf die Verantwortungsbereitschaft und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern an, die sich vor Ort, auf Länder- und Bundesebene zusammenschließen, um dem organisierten und latenten Rechtsextremismus in unserem Lande in all seinen Erscheinungsformen entgegenzutreten und Paroli zu bieten.

Nicht erlaubt sind wegsehen und schweigen – gefordert sind einmischen, Stehvermögen und Zivilcourage! Wenn uns das dauerhaft gelingt, dann ist mir um die Zukunft unserer, nach 1945 auf den Trümmern eines menschenverachtenden Unrechtsstaates, unter großen Mühen aufgebauten Demokratie nicht bange.«

Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Staatsministerin a.D.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Auf interkulturellen Festen können in gelockelter Stimmung Kontakte aufgenommen werden. Internationale Speisen, Tanz- und Musikdarbietungen, Kunsthandwerk und Kleinkunst öffnen Türen zu anderen Kulturen. Schon in der gemeinsamen Vorbereitung einer solchen Veranstaltung kommen Menschen unterschiedlichster kultureller, religiöser und sozialer Hintergründe miteinander in Kontakt, die zusammen an einem Ort leben, sich aber persönlich noch nie begegnet sind oder noch nie ein Wort miteinander gewechselt haben. Das gemeinsame Interesse an der Schaffung eines lebenswerten Umfeldes wird zur Brücke zwischen den Kulturen und Religionen. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für ein interkulturelles Stadtfest ist das vom Forum der Kulturen alljährlich in Stuttgart durchgeführte »Sommerfestival der Kulturen«. Von dessen Erfolgsgeschichte sollte man sich jedoch nicht entmutigen lassen: Es geht auch kleiner!

Weitere Informationen:

■ Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

Dachverband interkultureller Vereine und Einrichtungen Stuttgarts, Europahaus, Nadlerstr. 4, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/248 48 08 0, Fax: 0711/248 48 08 88, www.forum-der-kulturen.de

■ Sportveranstaltungen

Ziel: Sport ist grenzenlos! Bei Sportveranstaltungen steht das friedliche Miteinander im Mittelpunkt – selbst beim Wettkampf. Ein festes Regelwerk sorgt dafür, dass sich die sportlichen Kontrahenten fair verhalten und auch dann verstehen, wenn sie nicht die gleiche Sprache sprechen. In Mannschaftssportarten hilft das gemeinsame Ziel, kulturelle und sonstige Gegensätze zu überbrücken.

Zielgruppen: Jugendgruppen, Kinder, Schulen, Sportvereine.

Ideen, Anregungen und Vorschläge: Für eine langfristige Integration und ein besseres Verständnis der Kulturen bietet der Sport ein wichtiges Handlungsfeld. Dabei stehen Erleben, Erfahren und Verstehen des Selbst und des Anderen im Vordergrund. In ihren Programmen »Soziale Offensive im Jugendsport« und der bundesweiten Aktion »Integration durch Sport« veranstalten die Deutsche Sportjugend und der

Deutscher Sportbund das ganze Jahr über Aktionen; verschiedene Veranstaltungen finden auch während der Internationalen Woche gegen Rassismus statt.

In den vergangenen Jahren gab es während der Internationalen Woche gegen Rassismus zahlreiche Sportveranstaltungen. Das Spektrum reichte von Mitternachtsbasketball und Workshops über internationale Mannschaftsturniere bis zu Freundschaftsspielen einheimischer Vereine mit Migrantenvereinen oder Zusammenkünften prominenter Sportler mit Schulklassen. Auch Schulen beteiligten sich mit eigenen Sportfesten und Turnieren.

Im Fußball gibt es Fangruppen, die sich in der Antirassismus-Arbeit engagieren, wie z.B. die Schalker Faninitiative mit ihrem Projekt »dem ball is' egal, wer ihn tritt«. Manche – ausländischen – Profi-Fußballer sind bereit, Schulen und andere Gruppen zu besuchen, um mit Jugendlichen zu sprechen, zu kicken, sich ihren Fragen zu stellen und von ihren Erfahrungen in Deutschland zu berichten. Interessierte sollten sich direkt an die Profivereine vor Ort wenden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung will mit ihrer Initiative »**Fans for Football**« Fußballfans helfen, das Motto der WM 2006 – »Die Welt zu Gast bei Freunden« mit Leben zu erfüllen und das Sportereignis des Jahres zu einem einzigartigen und völkerverbindenden Fest zu machen. Die Initiative unterstützt Fußballfans und Fanclubs dabei, ihre Ideen in die Tat umzusetzen. Sie entwickelt und organisiert regionale Hearings mit Fans, eine internationale Fachkonferenz mit Vertretungen unterschiedlicher (Fan-) Kulturen und vieles andere mehr. Auch auf europäischer Ebene engagieren sich Fußballbegeisterte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. »**Football Against Racism in Europe**« (**FARE**) ist ein Netzwerk von Gruppen aus 13 europäischen Ländern. FARE hat es sich zur Aufgabe gemacht, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im Fußball quer durch Europa zu bekämpfen. Durch koordinierte Aktionen und gemeinsame Bemühungen auf lokaler und nationaler Ebene sollen all diejenigen zusammengebracht werden, die daran interessiert sind, gegen Diskriminierung im Fußball vorzugehen. FARE koordiniert unter anderen die jährliche Aktionswoche gegen Rassismus in den Fußballstadien.

Der Deutsche Fußball-Bund und die Deutsche Fußball-Liga haben im Jahr 2005 die *Internationale Woche gegen Rassismus* unterstützt und die Vereine der 1. und 2. Bundesliga sowie der Regionalligen darum gebeten, bei den Heimspielen am Spieltag

vom 19. bis 21. März 2005 eine Stadionsdurchsage durchzuführen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wendet. Alle Vereine entsprochen erfreulicherweise dieser Bitte.

»Wer Gewalt in irgendeiner Form gegen Ausländer in unserem Lande ausübt, muss wissen, dass er uns alle gegen sich hat.«

Dr. h.c. Egidius Braun, Ehrenpräsident des Deutschen Fußballbundes

Weitere Informationen:

- **Deutsche Sportjugend im Deutschen Sportbund e.V.**
Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt am Main,
Tel.: 069/ 67 00 338, Fax: 069/67 00 13 38,
www.soziale-projekte-im-jugendsport.de
- **Deutscher Sportbund, Geschäftsbereich Breitensport**
Programm »Integration durch Sport«, Otto-Fleck-Schneise 12,
60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/670 00, Fax: 069/67 49 06,
info@dsb.de, www.integration-durch-sport.de/
- **dem ball is' egal, wer ihn tritt!**
Geschäftsstelle, Russellplatz 2, 45894 Gelsenkirchen,
post@demballegal.de, www.demballegal.de
- **Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.**
Initiative »Fans for Football«, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn,
Tel.: 0228/88 30, Fax: 0228/88 33 96, www.fansforfootball.org
- Informationen über die Aktivitäten von **Football Against Racism in Europe (FARE)** finden sich unter der Internetadresse www.farenet.com

Anregungen für Referent/innen

- Stellen Sie Kontakt her zu der Gruppe, die Sie besuchen werden. Bringen Sie so viel wie möglich über die Gruppe und ihr Wissen in Erfahrung.
- Werden Sie sich im Vorfeld der Veranstaltung darüber klar, wer oder was Sie erwartet. Wie alt sind die Teilnehmer? Besuchen Sie eine Schule oder eine andere Einrichtung? Beispielsweise haben Schüler andere Erwartungen und Anforderungen als Erwachsene.
- Informieren Sie sich über den Wissensstand Ihrer Zielgruppe. Hat sich die Gruppe schon mit dem Thema beschäftigt? Wurden die Teilnehmer vorbereitet und wenn ja, wie?
- Nehmen Sie sich nicht zu viel vor, die Zeit ist meist sehr kurz. Planen Sie deshalb genau, was Sie wie vermitteln wollen.
- Teilen Sie Ihre Zeit ein. Bedenken Sie, dass solche Besuche besonders interessant sind, wenn die Teilnehmenden Gelegenheit bekommen, Fragen zu stellen und sich in der Diskussion auszutauschen.
- Materialien sorgen für Anschaulichkeit. Falls Sie einen Text bearbeiten wollen, stellen Sie diesen vorab zur Verfügung, so kann eventuell schon in der Vorbereitungsphase auf Ihren Besuch hingearbeitet werden.

Materialteil

■ M1: Parteien zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Gemeinsam mit dem Referat Migrationspolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL hat der Interkulturelle Rat in Deutschland die im Bundestag vertretenen Parteien vor den Bundestagswahlen am 18. September 2005 danach gefragt, was sie zukünftig tun werden, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzuwirken. Im folgenden dokumentieren wir unsere Fragen und auszugsweise die Antworten der Parteien:

Frage:

»Fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische und islamophobe Orientierungen sind nicht länger nur an den Rändern unserer Gesellschaft zu finden, sondern reichen bis weit in die politische Mitte. In diesem gesellschaftlichen Klima nimmt die Zahl rassistisch und fremdenfeindlich motivierter Straftaten seit Jahren kontinuierlich zu.

Was wird Ihre Partei tun, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzuwirken?«

- Sind Sie der Auffassung, dass rassistisch motivierte Handlungen ausreichend strafbewehrt sind?
- Werden Sie sich für eine gemeinsame europäische Definition von rassistischen Straftaten einsetzen und den vorgeschlagenen EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützen?
- Werden Sie bestehende Förderprogramme für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus weiterentwickeln und ausbauen? Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle der politischen Bildung?
- Werden Sie auf der Bundesebene Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Schwerpunktregionen finanziell unterstützen und sollten diese von regionalen, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft organisierten Bündnissen begleitet werden?
- Werden Sie die seit der UN-Weltrassismuskonferenz 2001 bestehende Zusage einlösen, einen »Nationalen Aktionsplan gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus«

zu entwickeln? Welche Handlungsfelder sollten nach Ihrer Auffassung einbezogen und wie soll die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung gewährleistet werden?

- Sehen Sie die Notwendigkeit für eine Verbreiterung der Maßnahmen in Behörden und Verwaltungen, um Ressentiments gegenüber Minderheiten abzubauen?
- Sind Sie der Auffassung, dass auf der Bundesebene der Dialog zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft auf der einen und der Bundesregierung und dem Parlament auf der anderen Seite geführt und institutionell abgesichert werden muss? Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang das bereits bestehende Forum gegen Rassismus, das 1997 eingerichtet wurde?«

Antworten der Parteien:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

- Das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland kennt zahlreiche Normen, die es ermöglichen, gegen rassistische und fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten sowie rechtsextremistische Umtriebe konsequent vorzugehen. (...) Bestehende Gesetze und Klassifikationssysteme sind aber nur dann wirksam, wenn sie konsequent angewendet werden. Der Verfolgungsdruck auf Rechtsextreme hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt. Die neueren Statistiken zu rechtsextremen Straftaten zeigen auch eine erhöhte Sensibilisierung in Polizei, Öffentlichkeit und Bevölkerung. Politisches Klima, Verfolgungsdruck und konsequente Positionierungen der Politik haben schließlich, bei aller Unabhängigkeit der Justiz, nachweislich Einfluss auf die strafrechtliche Ahndung von rechtsextremer (Gewalt-)Kriminalität als ein Mittel zur Prävention. In jüngerer Zeit sind Urteile gegenüber rechtsextremen Straftätern durchschnittlich härter und weniger nachsichtig ausgefallen als in früheren Jahren. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird dafür Sorge tragen, dass weiterhin gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttäter konsequent vorgegangen wird.
- Die SPD-geführte Bundesregierung steht dem EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit grundsätzlich positiv gegenüber. Eine geplante Harmonisierung der Definition von rassistischen Straftaten innerhalb der EU sowie die europaweite Geltung ähnlich konsequenter Strafgesetze zur Verfolgung rechtsextremer Straf- und Gewalttaten, wie dies in Deutschland der Fall

ist, sind von der Bundesregierung immer begrüßt worden. (...) Eine SPD-geführte Bundesregierung wird den Beschluss (...) auch weiterhin unterstützen.

- Der Unterstützung und Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen kommt beim Kampf gegen Rechts eine zentrale Bedeutung zu. (...) Dies hat sich auf dem Gebiet der Rechtsextremismusbekämpfung auch bisher in der Mittelvergabe ausgedrückt. An dieser Schwerpunktsetzung wollen wir festhalten. (...)

Die SPD erachtet die Aufklärung über die NS-Vergangenheit sowie die Verbrechen der Nazis ebenfalls als zentralen Bestandteil im Kampf gegen Rechts. Wichtig ist für unser Dafürhalten dabei, Versuchen der Umdeutung und Relativierung der NS-Geschichte konsequent entgegenzutreten. Daher haben wir im Wahlmanifest festgehalten, dass »eine Verstärkung der politischen Bildung in allen Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen notwendig« ist. (...)

- Mit dem Programm »CIVITAS« ist ein eigenes Bundesprogramm zur Stärkung der Demokratie und Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern eingerichtet worden. Diese Schwerpunktsetzung ist auf Grund der besonderen Ausprägtheit des Problems des Rechtsextremismus (fast die Hälfte der rechtsextremen Skinheads und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten leben in den neuen Bundesländern) sowie des besonderen Förderungsbedarfs der Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands zweckmäßig. (...)
- Der »nationale Aktionsplan« gegen Rassismus konnte auf Grund des vorzeitigen Endes der 15. Wahlperiode nicht mehr vorgelegt werden. Mit Beginn der nächsten Legislaturperiode wird dies unverzüglich nachgeholt. Grundsätzlich setzt die SPD-geführte Bundesregierung bei der Prävention und Bekämpfung des Rechtsextremismus auf einen Verbund von präventiven und repressiven Maßnahmen. (...) Im Vorfeld gilt es (...) bereits Einstellungen und Dispositionen entgegenzuwirken, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu Grunde liegen. Dazu hat die Bundesregierung ein umfangreiches Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet, welches über die von der EU gestellten Anforderungen hinaus geht. Der nationale Aktionsplan gegen Rassismus darf sich aber nicht nur mit dem Erreichten beschäftigen, sondern konkrete Handlungsschritte für das weitere Vorgehen festhalten. An dem eingeschlagenen Kurs auf dem Gebiet der Rechtsextremismusbekämpfung wollen wir aber festhalten. Klar ist, dass die Prävention und Bekämpfung des Rechtsextremis-

mus nicht nur eine Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft sind. Daher wird auch bei der Erstellung des »Nationalen Aktionsplans« die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen in den dafür vorgesehenen Foren – wie dem »Forum gegen Rassismus« – weiter fortgesetzt werden.

- Im Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat binden die verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsätze alle Bereiche des staatlichen Handelns. Diskriminierung seitens der Behörden ist damit grundsätzlich untersagt. Mit dem vom Bundestag verabschiedeten Antidiskriminierungsgesetz erhalten die Bürgerinnen und Bürger in wichtigen Lebensbereichen aber zusätzlichen Schutz vor ungerechtfertigten Benachteiligungen. (...) Das Gesetz leistet einen wichtigen Beitrag zur Entstehung einer »Antidiskriminierungskultur« in Deutschland und damit auch zur Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus: Mittel- und langfristig wird den Einstellungen entgegengewirkt, welche Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu Grunde liegen.
- (...) Die Bekämpfung und Prävention des Rechtsextremismus [ist] eine Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger und gesellschaftlichen Institutionen und nicht bloß des Staates. Vor diesem Hintergrund ist ein Dialog der unterschiedlichen Akteure auf dem Gebiet der Rechtsextremismusbekämpfung von zentraler Bedeutung. In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um diesen Dialog weiter institutionell abzusichern. So ist im Jahr 2000 im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Inneren (BMI) das »Bündnis für Demokratie und Toleranz« ins Leben gerufen worden. Das Bündnis hat die Aufgabe, alle Kräfte, die sich gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Bestrebungen wenden, zu bündeln. Außerdem unterhält es eine umfangreiche Förderdatenbank und vergibt Preise an vorbildliche Projekte gegen Rechtsextremismus.

CDU/CSU:

Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind menschenverachtend und richten großen Schaden an. CDU und CSU setzen sich deshalb nachhaltig für Toleranz und Achtung der Menschenwürde in unserer Gesellschaft ein. Gewaltbereiten Radikalen treten wir entschieden entgegen. Ein wehrhafter Staat sorgt für die Sicherheit der Men-

schen und unsere demokratische Stabilität. Wir werden dafür sorgen, dass Polizei und Justiz entschlossen und verantwortungsbewusst und vor allem zeitnah ihre Pflicht tun können. Wer aus extremistischen Überzeugungen heraus kriminell wird, muss die Entschlossenheit des Staates, sein Gewaltmonopol durchzusetzen, unmittelbar spüren. Die Anzahl gewaltbereiter Rechtsextremisten hat sich im Jahre 2004 auf hohem Niveau stabilisiert. Das muss sich ändern.

Die Ursachen für Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit müssen an der Wurzel bekämpft werden. Entsprechende präventive Maßnahmen in der Gesellschaft, aber auch in der Familienpolitik sind insoweit unverzichtbar. Wir brauchen eine Kombination von sozialer, milieubezogener Prävention, die gezielt an den örtlichen Gegebenheiten ansetzt. Fast ³/₄ der Rechtsextremisten und fremdenfeindlichen Gewalttäter sind Jugendliche. Wir brauchen deshalb Hilfsangebote vor allem für gefährdete Jugendliche. Von Bedeutung ist insoweit die Weiterentwicklung des Jugendstrafrechtes im Zusammenhang mit der Bekämpfung gewaltbereiter Extremisten. Notwendig sind schnelle und konsequente staatliche Reaktionen und eine rasche Verurteilung. Das beeindruckt den jugendlichen Straftäter in der Regel mehr als die eigentliche Strafe, vor allem wenn diese erst nach Monaten verhängt wird.

Nach unserer Auffassung sind rassistisch motivierte Handlungen ausreichend im Strafgesetzbuch erfasst. Die entsprechende generalpräventive und spezialpräventive Wirkung wird insoweit erreicht. Eventuelle Probleme ergeben sich in Zusammenhang mit der Umsetzung der strafgesetzlichen Vorschriften bzw. den Defiziten im Jugendstrafrecht.

Zurzeit gibt es keine bundesweit abgestimmte und nachhaltig wirksame Strategie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. CDU und CSU haben sich für ineinander greifende Maßnahmen eingesetzt, um überregional und bundesweit Informationen, Kooperation und Hilfestellung bei der Bekämpfung der Ursachen des Extremismus sicherzustellen. Wir möchten, dass bei der Arbeit der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung ein Schwerpunkt bei der Aufklärung über Ursachen und Folgen extremistischen Gedankenguts gesetzt wird. Die zentralen Beratungsstellen und mobilen Beratungsteams auf Länderebene sollen weiter unterstützt werden. Ein wichtiges Element der milieubezogenen Prävention ist die Einrichtung wohnortnaher Aktionsforen gegen rechte Gewalt, die in einer Art von Stadtteilkonferenz die Kräfte zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bündeln.

Polizei, Jugendämter, Träger der verbandlichen offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, Lehrer, Kommunalpolitiker und sachkundige Bürger arbeiten zusammen.

Nach der Bundestagswahl werden wir alle Förderprogramme, u.a. auch die besonderen Projekte in den neuen Bundesländern, im Hinblick auf ihre Effizienz und Effektivität auf den Prüfstein stellen. Wir werden grundsätzlich bei allen Maßnahmen nach den haushaltsrechtlichen Geboten, den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vorgehen. Förderungswürdige Programme gegen alle Formen des Extremismus werden wir weiter fördern.

Freie Demokratische Partei:

Die Liberalen sind überzeugt: Eine Gesellschaft wird durch Vielfalt bereichert. Liberale begrüßen die ethnische und kulturelle Differenzierung in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb bekämpfen die Liberalen entschieden jede Diskriminierung. Keinem Menschen dürfen Chancen zur Entwicklung und Entfaltung aufgrund von Vorurteilen und Benachteiligungen geraubt werden.

Das Strafgesetzbuch bietet ausreichende Möglichkeiten, um der so genannten politisch motivierten Kriminalität angemessen zu begegnen. (...) Es zeigt sich in diesem Bereich aber auch, dass das Strafrecht oft an seine Grenzen stößt. Es wird nie gelingen, alle Erscheinungen aus dem rechtsextremistischen Bereich zu erfassen. Der Gesetzgeber begibt sich andernfalls in die Gefahr, ständig allen neuen Ausprägungen aus der rechten Szene hinterherzulaufen. Die Ursachen des Rechtsextremismus sind nicht ausschließlich durch staatliche Anordnungen zu beseitigen. Die Bekämpfung der Ursachen ist vor allem dort aussichtsreich, wo Einflussnahme noch möglich ist, nämlich besonders bei jungen Menschen. Die FDP fordert daher eine Intensivierung der Programme für gewaltbereite und gefährdete Jugendliche. Daneben müssen Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene, beispielsweise zum Nachholen von Schulabschlüssen und beruflicher Qualifizierung angeboten werden. Wichtig sind auch Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit. Was wir brauchen, ist das Bewusstsein, dass jeder von uns gefordert ist, dem rassistischen, extremistischen Ungeist in der unmittelbaren Umgebung entgegenzutreten. Die Politik muss dazu ihren Beitrag leisten – also den präventiven Bereich stärken und die Initiativen der Bürgergesellschaft unterstützen – auch finanziell. Entscheidend ist, dass jun-

ge Menschen zu mehr Mitmenschlichkeit, Toleranz und demokratischem Verhalten erzogen werden.

Die FDP unterstützt die Zielsetzung des geplanten Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Anwachsen von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa macht deutlich, dass eine europäische Strategie dringend notwendig ist. Es wird jedoch nicht einfach sein, eine gemeinsame Definition von rassistischen Straftaten zu finden. Ein solcher Straftatbestand müsste dem Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 GG genügen. Danach müssen Strafnormen klar erkennen lassen, was verboten ist und welche Strafe dafür verhängt werden kann. Die Europäische Union sollte daher nicht der Gefahr erliegen, Schnellschüsse zu verabschieden. Verschiedene Beispiele aus jüngster Zeit haben deutlich gemacht, vor welcher großen Schwierigkeiten die nationalen Gesetzgeber gestellt werden, wenn mangelhaft vorbereitete und unzureichend abgestimmte europäische Vorgaben in nationales Recht umgesetzt werden müssen.

Politik, zentrale gesellschaftliche Akteure und jede und jeder Einzelne sind weiterhin dringend gefordert, Diskriminierungen abzubauen. Für die dauerhafte Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Gesellschaft, Staat, Arbeitsleben und Kultur und für die Bekämpfung von Rassismus ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit zur Integration und Toleranz notwendig. Neben rechtlichen Neuerungen gilt es vor allem, gemeinsam eine neue politische Kultur zu entwickeln und zu leben, in der Diskriminierung und Vorurteile geächtet und Vielfalt und Unterschiedlichkeit auf der verbindlichen Basis der Werteordnung des Grundgesetzes geschätzt werden. Alle Akteure müssen sich öffnen und lernen, mit ihrer Unterschiedlichkeit in geeigneter Weise umzugehen. Politik und Staat sollen diese Prozesse bewusst gestalten: Klare Leitbilder und glaubwürdige Kommunikation nach außen und innen sowie Bausteine für interkulturelle Kompetenz in Aus- und Fortbildung können Behörden und Organisationen schrittweise darauf vorbereiten, mit all ihren Zielgruppen, also auch Menschen mit Migrationshintergrund, adäquat umzugehen. Die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung, der sozialen Dienste und anderer gesellschaftlicher Institutionen ist Voraussetzung für deren erfolgreiche Arbeit.

Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik und Behörden müssen gemeinsam und wohl koordiniert den Integrationsprozess gestalten und gegen Rassismus eintreten. Der Dialog zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft und der Politik auf Bundes-

ebene, wie auch auf den anderen Ebenen, ist aus Sicht der Liberalen dabei unerlässlich und ausgesprochen wertvoll. In der Vergangenheit hat die Bürgergesellschaft teilweise die Lücken gefüllt, die dadurch entstanden sind, dass die Politik Deutschland nicht als Einwanderungsland anerkannt hat. Kommunen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, soziale Verbände, private Initiativen, Migrantenorganisationen, Bildungsträger, Netzwerke und andere Institutionen haben zahlreiche Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern und auch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus konzipiert und durchgeführt. Zu diesen Akteuren der Zivilgesellschaft, deren Engagement wichtig war und bleibt, gehört auch das Forum gegen Rassismus. Diese Akteure müssen auch in Zukunft Dialogpartner der Politik sein, damit die Interessen der Betroffenen und Beteiligten und der Sachverstand zivilgesellschaftlicher Experten berücksichtigt werden und die Qualität politischer Arbeit bereichern. Bürgerschaftliches Engagement soll und wird auch künftig eine zentrale Rolle bei der Integration spielen. Wir müssen die Integration – sowohl der bereits hier lebenden als auch der noch zu erwartenden – Menschen mit Migrationshintergrund nun politisch systematisch angehen.

Bündnis '90/Die Grünen:

- Grundsätzlich ist das Strafrecht nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur ein ergänzendes Instrument zur Bekämpfung des Rassismus. Aus unserer Sicht muss die politische Auseinandersetzung im Vordergrund stehen. Unserer Ansicht nach besteht in Deutschland keine Lücke im materiellen Strafrecht. Vielmehr beobachten wir seit Jahren Probleme bei der Strafrechtsanwendung, also bei der Wahrnehmung bzw. Interpretation von rassistischen und anderen rechtsextremen Straftaten. (...)
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilen das Anliegen dieses Rahmenbeschluss-Entwurfes. Wir erkennen aber (...) in Deutschland keine relevante Strafrechtslücke. Insbesondere nachdem wir im Frühjahr 2005 mit einer – wie wir finden – verhältnismäßigen Lösung den Tatbestand der Volksverhetzung reformiert haben. Wir werden diesen Rahmenbeschluss aber insoweit unterstützen, wie er nicht unverhältnismäßig in die Meinungsäußerungsfreiheit eingreift.

- Zivilgesellschaftliches Engagement betrachten wir als wirksamste Strategie gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Wir haben daher mit zahlreichen Maßnahmen die Zivilgesellschaft gestärkt. (...) Wir werden auch künftig den Auf- und Ausbau solcher Strukturen fördern. Politische Bildung fördert demokratisches staatsbürgerliches Selbstbewusstsein. Sie vermittelt Wissen und historische Zusammenhänge. Nur so können junge Menschen rechtsradikale, rassistische Gedankeninhalte erkennen, bewerten und ablehnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben daher eine »Bildungsoffensive gegen Rechts« gestartet, die durch Internetauftritte, Fachseminare, Vernetzungstreffen und Informationsmaterialien zur öffentlichen Auseinandersetzung beiträgt. Wir sind außerdem der Ansicht, dass Jugendliche in Schule und Ausbildung mehr Aufklärung über ihre Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft erhalten sollten. Die Bundesländer, welche für die Bildungspläne zuständig sind, müssen ihrer Verantwortung hierbei stärker als bisher nachkommen.
- Arbeit gegen Rechts haben wir in den vergangenen Jahren unterstützt und werden auch weiter dafür eintreten. Unsere Bundesprogramme gegen Rechts »Civitas« und »Entimon« laufen seit 2001 sehr erfolgreich. Gefördert werden Projekte vor Ort gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Unser Ziel ist, dass die 19 Millionen Euro jährliche Fördermittel aus dem Bundeshaushalt den engagierten Initiativen auch in Zukunft zur Verfügung stehen. Organisierte Bündnisse gegen Rechts halten wir für sehr wichtig. Regionale Netzwerke erhöhen die Wirksamkeit von Aktionen und dienen dem Wissenstransfer. Der Kampf gegen Rechts muss – nicht nur in Schwerpunktregionen – von der gesamten demokratischen Gesellschaft gemeinsam geführt werden.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den vereinbarten Aktionsplan für notwendig. Er wird derzeit auch seitens der rot-grünen Bundesregierung vorbereitet. Die Einbindung von NGO's ist erwünscht. Die Bundesregierung will die Sichtweise der NGO's in den Aktionsplan einbinden. Bis heute liegt jedoch kein abgestimmter NGO-Beitrag vor, der dafür als Grundlage dienen könnte. Für die weitere Zusammenarbeit mit den NGO's plant die rot-grüne Bundesregierung Redaktionskonferenzen auf nationaler Ebene. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden darauf drängen, dass die Vorarbeiten für diesen Aktionsplan gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode abgeschlossen werden.

- Rechtsextremistische, fremdenfeindliche Haltungen ziehen sich durch unsere gesamte Gesellschaft. Es ist nicht auszuschließen, dass auch in Behörden und Verwaltungen Ressentiments gegenüber Minderheiten bestehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben gesellschaftliches Umdenken gefördert durch die Stärkung von Minderheitenrechten. Minderheiten müssen integriert, ihre Eigenständigkeit respektiert werden – auf privater, auf staatlicher und betrieblicher Ebene. Gleiche Chancen z.B. beim Zugang zu Beschäftigung, Gütern und Dienstleistungen sind dafür Voraussetzung. Wir haben deshalb ein Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt. Neben gesetzgeberischen Maßnahmen sollte auch in der Ausbildung, etwa in Polizei und Justiz, dem Umgang mit Menschenrechten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.
- Der Rechtsextremismus erwächst aus der Mitte unserer Gesellschaft. Deswegen muss auch das demokratische Gegengewicht auf breiter Basis etabliert werden. Im Forum gegen Rassismus diskutieren staatliche Stellen und NGO's miteinander. Wir begrüßen, dass dieses Forum rund 80 Mitglieder und davon etwa 50 NGO's hat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für eine Ausweitung dieses Dialogs.

Die Linkspartei.PDS:

Rassismus, der Hass auf Menschen anderer Herkunft und Abstammung, ist auch in der Bundesrepublik eine alltägliche Erscheinung. Rassismus zu bekämpfen ist deshalb Aufgabe aller Mitglieder der Gesellschaft. Wirtschaft und Politik haben dabei eine besondere Verantwortung. Angesichts der Gefahren, die von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ausgehen ist Die Linkspartei.PDS für die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten, sowie für eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Das Problem des Rassismus ist nicht lediglich ein strafrechtliches, sondern zuallererst ein politisches und gesellschaftliches Problem. So ist von zentraler Bedeutung, dass diese Taten in einem gesellschaftlichen Umfeld erfolgen, in welchem Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen immer weniger als Mitmenschen wahrgenommen sondern zunehmend als unerwünschte Kostgänger denunziert werden. Die im Europaparlament verabschiedete Vorlage enthält Ansätze, die positiv zu bewerten sind. Das gilt

für die schärfere Ahndung der Verbreitung rassistischer und fremdenfeindlicher Hetze ebenso wie für die überfällige Stärkung des Opferschutzes. Bedauerlich ist, dass durch die gewählte Form des Rahmenbeschlusses die Umsetzung der Maßnahmen weitgehend den einzelnen Ländern überlassen wird. Die Linkspartei.PDS ist der Auffassung, dass nicht immer neue Gesetze, sondern die konsequente Anwendung bereits geltenden Rechts im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erforderlich ist.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus ist aber in der Hauptsache eine politisch inhaltliche Aufgabe. Die Aufklärungsarbeit muss erheblich verstärkt und die gesellschaftliche Ächtung des Rechtsextremismus wieder hergestellt werden.

Die Linkspartei.PDS setzt sich u. a. für folgende Maßnahmen ein:

- Die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen erhöht werden und diese Aufklärungsarbeit muss in enger Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden wie Gewerkschaften, Kirchen, Sportverbänden und Organisationen der MigrantInnen und Flüchtlinge erfolgen.
- Die Überarbeitung der Lehr- und Ausbildungspläne, um in der Schule einen offensiveren Umgang mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu erreichen.
- Die sofortige Einrichtung einer »Beobachtungsstelle für antisemitische, rassistische und fremdenfeindliche Bestrebungen«, die die Aktivitäten der Rechtsextremisten und ihre ideologischen und organisatorischen Hintergründe in Zukunft kontinuierlich beobachtet, erfasst, auswertet und die Bevölkerung darüber informiert.
- Eine Verstärkung und Ausweitung der Forschungsarbeit und der Lehrtätigkeit an den Hochschulen zu diesem Thema, sowohl durch Lehrstühle zur Erforschung der gesellschaftlichen Hintergründe und Geschichte rechtsextremer und rassistischer Bestrebungen als auch im Bereich der Lehrerbildung und allgemein der Ausbildung an den Hochschulen.
- Die Bereitstellung eines Programms für die schulische und außerschulische Jugendsozialarbeit insbesondere für die Gruppe der 12-14 jährigen.

- Förderung interkultureller Kinder- und Jugendarbeit; sowie der demokratischen Selbstorganisation von Migrantenjugendlichen. (...)
- Aufgelegt werden soll ein Bund-Länder-Sonderprogramm zum Erhalt und Ausbau von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes.
- Den Schutz von Opfern rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gewalt stärken.
- Die Bildung breiter gesellschaftlicher Bündnisse gegen Rechtsextremismus muss nachhaltig gefördert werden.
- Eine konsequente Verfolgung von Straftaten, die den Strafbestand der Volksverhetzung bzw. das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole erfüllen.
- Einrichtung von Schieds- und Beschwerdestellen (oder auch Antidiskriminierungsbüros) gegen Rassismus und Diskriminierung unter Beteiligung von angesehenen Verbänden.

Die Linkspartei.PDS setzt sich auf Bundesebene für einen institutionell abgesicherten Dialog zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft auf der einen und der Bundesregierung und dem Parlament auf der anderen Seite ein. Die Arbeit des Forums gegen Rassismus hat in dieser Beziehung eine vorbildliche und hervorragende Arbeit geleistet.

■ M2: Daten zu politisch motivierter Kriminalität – Rechts

Nach neueren Untersuchungen (Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.]: Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt a. M. 2005) sind 65 Prozent aller Deutschen der Auffassung, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gibt. Immerhin 36 Prozent sind der Meinung, man solle hier lebende Ausländer wieder »zurückschicken«, wenn die Arbeitsplätze knapp werden. Dieses gesellschaftlich Klima hat Folgen: Nach mehreren Jahren war im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr erstmals wieder ein Anstieg politisch rechts motivierter Straftaten zu verzeichnen. Nachfolgend dokumentieren wir die entsprechenden Zahlen des Bundesministeriums des Innern.

Politisch motivierte Kriminalität – Rechts (PMK – R) 2001 – 2004

	2001	2002	2003	2004
Politisch motivierte Straftaten (gesamt)	14.725	12.933	11.576	12.553
hierunter: Propagandadelikte	9.418	8.538	7.951	8.455
Politisch motivierte Gewalttaten	980	940	845	832

PMK – R mit fremdenfeindlichem Hintergrund 2001 – 2004

	2001	2002	2003	2004
Politisch motivierte Straftaten (gesamt)	3.391	2.789	2.431	2.553
hierunter: Propagandadelikte	746	516	477	482
Politisch motivierte Gewalttaten	519	512	465	391

PMK – R mit antisemitischem Hintergrund 2001 – 2004

	2001	2002	2003	2004
Politisch motivierte Straftaten (gesamt)	1.629	1.594	1.226	1.346
hierunter: Propagandadelikte	297	246	187	234
Politisch motivierte Gewalttaten	27	30	38	40

■ M3: Zitate führender Mitglieder der NPD

Schon vor dem Wahlerfolg der Partei bei der Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004, bei der sie mit 9,2 Prozent der Stimmen in den Landtag einzog, haben führende Vertreter der NPD keinen Hehl aus ihrer verfassungsfeindlichen Haltung gemacht und die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlost. Dennoch haben das gesteigerte Medieninteresse und die parlamentarische Immunität, unter der sich die Abgeordneten der NPD sicher fühlen, dazu geführt, dass sich seit dem September 2004 innerhalb und außerhalb des Sächsischen Landtags vermehrt Parteivertreter offen zu ihrer Verfassungsfeindlichkeit bekennen und das Verbrechen der Shoa relativieren. Im Folgenden dokumentieren wir einige entsprechende Zitate von Mitgliedern des Parteivorstandes oder Landtagsabgeordneten der NPD:

»Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.« (Uwe Leichsenring, Mitglied des Sächsischen Landtages und Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Landtagsfraktion, zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September 2004)

»Ich halte den Führer nach wie vor für einen großen Staatsmann, vielleicht einen der größten, den wir je gehabt haben. Dazu stehe ich.« (Klaus-Jürgen Menzel, Mitglied des Sächsischen Landtages am 22. September 2005 im ARD-Magazin Kontraste)

»Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat.« (Udo Voigt, Parteivorsitzender der NPD, zit. nach Report Mainz, Sendung vom 4. Oktober 2004)

»Das Verhältnis von Deutschen und Juden ist bekanntermaßen mit Geschichtshypotheken befrachtet und wird durch die privilegierte Einwanderung von osteuropäischen Juden in die sozialen Sicherungssysteme der BRD innenpolitisch und durch die Aggressionspolitik des Staates Israel im Nahen Osten außenpolitisch belastet. Das deutsch-jüdische Verhältnis wird zudem durch den Zentralrat der Juden mit seiner ständigen Deutschenkritik und seiner grotesken Beschwörung einer Schuldmetaphysik immer wieder auf schwere Proben gestellt. Für mich ist der Fahrkartenschalter nach Canossa sechzig Jahre nach Kriegsende unwiderruflich geschlossen.« (Jürgen W. Gansel, Mitglied des Sächsischen Landtages und Mitglied des Parteivorstandes der NPD am 30. August 2005 bei www.kandidatenwatch.de)

»Vor dem Hintergrund von real über zehn Millionen Ausländern, meine Kameraden, ist es an der Zeit, unseren ausländischen Mitbürgern endlich alles Gute zu wünschen, vor allem aber eines: eine gute Heimreise.« (Holger Apfel, stellvertretender Vorsitzender der NPD und Fraktionschef der NPD im Sächsischen Landtag am 22. September 2005 im ARD-Magazin Kontraste)

»Als Mitglied des Bundestages werde ich mich vorbehaltlos für die Integration unserer ausländischen Mitbürger einsetzen, allerdings nicht in die deutsche Gesellschaft, sondern in die Gesellschaften ihrer Herkunftsländer. Und kostenlose Sprachkurse befürworte ich außerordentlich, allerdings nicht in der deutschen Sprache, sondern in den jeweiligen Muttersprachen der Betroffenen, um ihnen die bald beginnende In-

tegration in ihren Herkunftsländern bestmöglich zu erleichtern.« (Eckart Bräuninger, Direktkandidat der NPD im Wahlkreis Berlin-Neukölln am 29. August 2005 bei www.kandidatenwatch.de)

»Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933. Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde. (...) Mit dem heutigen Tag haben wir auch in diesem Parlament den politischen Kampf gegen die Schuldknechtschaft des deutschen Volkes und für die historische Wahrhaftigkeit aufgenommen.« (Jürgen W. Gansel, Mitglied des Sächsischen Landtages und Mitglied des Parteivorstandes der NPD am 21. Januar 2005 im Sächsischen Landtag)

»Der NPD gehört in den neuen Bundesländern die Jugend. Tabus und Denkverbote aus fünfzig Jahren BRD verfangen in den Köpfen der jungen Deutschen zwischen Mecklenburg und Erzgebirge nicht mehr. Der Bann weicht, es geht ans Erwachen. Heute Sachsen, morgen Deutschland. Der verdiente Sieg ist an diesem 19. September jener Partei zugefallen, die von allen patriotischen Parteien am längsten und konsequentesten den politischen Kampf gegen das System von 1949 führt. (...) Man wird sich Sachsens einmal als der Keimzelle der nationalen Erneuerung erinnern.« (Karl Richter, »Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes« der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Das Fanal von Sachsen. In: Deutsche Stimme Oktober 2004)

■ M4: Projekt U18 – Wahlverhalten von Jugendlichen

Das Projekt U18 wurde initiiert und organisiert von einem Netzwerk, das aus Berliner öffentlichen und freien Trägern besteht. Es will Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich intensiv mit demokratischen Strukturen auseinander zu setzen, Politik praktisch zu erfahren und sich mit den eigenen Mitwirkungsrechten und -möglichkeiten zu befassen. Das Projekt hat deshalb Jugendliche unter 18 Jahren schon vor der Bundestagswahl am 18. September 2005 dazu eingeladen, ihre Stimme abzugeben. Knapp 50.000 Kinder und Jugendliche haben an der Abstimmung teilgenommen. Im folgenden dokumentieren wir einige Ergebnisse der U 18-Bundestagswahl. Weitere Informationen finden Sie unter www.u18.org.

	Bund	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt
Stimmen	48.461	2.157	3.455	4.688	612	4.993	2.925
SPD	38,78 %	32,72%	44,78%	33,51%	36,33%	23,60%	35,22%
CDU/CSU	16,69 %	14,70%	19,23%	22,84%	22,66%	16,20%	16,45%
FDP	5,82 %	7,16%	5,33%	4,88%	3,24%	10,26%	7,51%
Die Linke	11,48 %	21,14%	6,74%	16,66%	9,71%	19,63%	21,82%
B 90/Grüne	13,87 %	8,84%	12,28%	8,62%	3,60%	7,79%	7,33%
NPD	6,66 %	11,10%	5,10%	9,19%	14,21%	16,30%	8,00%
REP	0,44 %	--	0,41%	--	--	1,56%	0,81%
Sonstige	6,26 %	4,33%	6,13%	6,00%	10,25%	4,46%	2,88%

■ M5: Bundestagswahl '05 – Analysen zum Wahlverhalten

Vertreterinnen und Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien werteten es nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 als Erfolg, dass rechtsextreme Parteien, insbesondere die NPD, nicht zum Zuge gekommen seien. Die Wählerinnen und Wähler, so der Tenor, hätten den rechten Parteien eine klare Absage erteilt. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, erklärte: »Dieses Land kann stolz sein, dass die Rechtsradikalen keine Rolle spielen.«

Tatsächlich waren die Erfolge der NPD bei der Bundestagswahl 2005 nicht so spektakulär wie beispielsweise bei der Landtagswahl in Sachsen 2004, wo sie mit 9,2 Prozent der Stimmen den Sprung in das Parlament geschafft hatte. Dennoch muss festgehalten werden: im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 konnte die NPD bundesweit ihren Stimmenanteil von damals 0,4 Prozent auf diesmal 1,6 Prozent vervierfachen.

Insbesondere bei Jungwählern und in Regionen in den neuen Bundesländern erreichte die NPD beachtliche Ergebnisse. So konnte die NPD beispielsweise in acht der insgesamt 17 Wahlkreise in Sachsen mehr als 5 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen auf sich vereinen. Aber auch in einigen Wahlkreisen der sogenannten alten Bundes-

länder erreichte die Partei Zweitstimmenanteile von über 4 Prozent. Dies betrifft in Rheinland-Pfalz die Wahlkreise Pirmasens und Ludwigshafen/Frankenthal sowie in Bayern den Wahlkreis Degendorf. In insgesamt 42 Wahlkreisen der früheren Bundesrepublik konnte die NPD ein Zweitstimmenergebnis von mindestens 2,6 Prozent verbuchen.

Bemerkenswert und besorgniserregend zugleich ist, dass es der NPD in 98 Prozent aller Wahlkreise gelungen ist, einen Direktkandidaten zur Wahl zu stellen. Anders als noch bei der Bundestagswahl 2002, wo sie sich nur etwa in einem Drittel aller Wahlbezirke mit einem Direktkandidaten präsent war, ist es ihr im Bundestagswahlkampf 2005 bundesweit gelungen, sich durch die Aufstellung eines Wahlkreiskandidaten »ein Gesicht« zu geben.

Wir dokumentieren im Folgenden eine Übersicht über das Wahlverhalten nach Alter, Geschlecht und Region in den neuen Bundesländern. Diese und weitere Daten können der vom Bundeswahlleiter herausgegebenen Broschüre »Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005 – Sonderheft: Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik für die Bundesrepublik Deutschland« entnommen werden.

Stimmabgabe nach Parteien, Altersgruppen und Geschlecht (neue Bundesländer und Berlin-Ost)

	Prozent								
	Zweitstimmen								
	insg.	SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonst.	darunter NPD REP	
Alter von...	Männer und Frauen								
18-25	100,0	34,1	16,9	5,7	20,7	12,1	10,5	8,0	0,5
25-35	100,0	28,5	22,9	7,0	20,3	12,7	8,6	6,5	0,5
35-45	100,0	27,4	24,2	6,3	24,5	10,8	6,8	4,6	0,6
45-60	100,0	28,7	23,4	3,8	27,8	10,6	5,6	3,3	0,4
60+	100,0	36,1	27,3	3,2	22,3	8,5	2,5	1,3	0,1
Gesamt	100,0	31,3	24,2	4,6	23,8	10,3	5,6	3,7	0,4

Prozent									
Zweitstimmen									
	insg.	SPD	CDU/ CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonst.	darunter NPD REP	
Männer									
Alter von...									
18-25	100,0	32,7	16,1	5,7	20,2	12,1	13,2	10,5	0,6
25-35	100,0	27,0	23,4	6,6	19,7	12,6	10,7	8,8	0,6
35-45	100,0	25,4	25,2	6,0	23,8	11,0	8,6	6,4	1,0
45-60	100,0	26,2	24,2	3,3	29,2	10,4	6,7	4,6	0,6
60+	100,0	34,2	26,9	2,6	24,6	8,8	3,0	2,0	0,1
Gesamt	100,0	29,2	24,3	4,3	24,7	10,5	7,1	5,3	0,5
Frauen									
Alter von...									
18-25	100,0	35,7	17,9	5,7	21,3	12,0	7,5	5,2	0,3
25-35	100,0	30,0	22,5	7,4	20,9	12,9	6,4	4,0	0,3
35-45	100,0	29,5	23,2	6,5	25,1	10,6	5,1	2,8	0,2
45-60	100,0	31,1	22,6	4,4	26,4	10,8	4,6	2,1	0,2
60+	100,0	37,7	27,7	3,6	20,5	8,3	2,1	0,7	0,1
Gesamt	100,0	33,4	24,1	5,0	23,0	10,2	4,3	2,2	0,2

■ M6: Fremdenfeindliche und rassistische Gewalttaten in der Presse – eine Auswahl

Pöbeleien in der Straßenbahn

Mannheim – Eine Gruppe von 10 Skinheads pöbelte am vergangenen Sonntag Morgen gegen 05.30 Uhr in einer Straßenbahn der Linie 1 drei aus Kamerun/Afrika stammende Fahrgäste an. Aus der Gruppe heraus wurde dabei auch mit Tränengas gesprüht, wobei die drei Angegriffenen im Gesicht getroffen wurden und Augenreizungen erlitten. Die aggressiven Kahlköpfe verließen anschließend am Tattersall die Straßenbahn und zogen Richtung Hauptbahnhof. An der Borelligrotte nahmen Poli-

zeibeamte des Reviers Oststadt die Halbstarke in Empfang und stellten die Personalien der Tatverdächtigen fest, gegen die nun u.a. wegen Gefährlicher Körperverletzung ermittelt wird. Die drei Studenten wurden wegen der Gesichtsverletzungen im Krankenhaus behandelt. (Polizeibericht vom 21.01.2005)

Rassistischer Angriff auf zwei Asylbewerber

Schwedt – Bei einem fremdenfeindlichen Überfall in Schwedt sind am Sonntag zwei Asylbewerber aus Nigeria und Sierra Leone verletzt worden. Ein 27-jähriger Mann, der bereits durch andere Körperverletzungsdelikte bekannt ist, sei als Tatverdächtiger ermittelt worden, teilte die Polizei am Montag mit. Die Beleidigungen des Mannes gegen die 25- und 26-jährigen Flüchtlinge ließen auf eine rassistische Motivation des Angriffs schließen. Die Opfer erlitten Platz- und Schürfwunden. Die Beteiligung weiterer Personen an dem Überfall wird derzeit geprüft. (Berliner Zeitung, 25. Januar 2005)

Linker Radfahrer: Von Rechten attackiert

Beeskow – Wegen linksgerichteter Gesinnung ist ein 18-jähriger Radler in Beeskow (Oder-Spree) von drei Jugendlichen mit einem Baseballschläger attackiert worden. Er trug an seiner Jacke einen »Gegen Rechts«-Aufnäher und hatte am Samstag seinen Unmut geäußert, als eine Gruppe Jugendlicher rechtsradikale Lieder sang. (tageszeitung, 22. Februar 2005)

Mitglieder jüdischer Gemeinde beschimpft

Bonn – Eine Gruppe von Passanten haben in der Bonner Innenstadt Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Bonn beschimpft und beleidigt. Anschließend spuckten die jungen Männer vor dem Informationsstand der Gemeinde in der Fußgängerzone auf den Boden, wie die Polizei mitteilte. Dabei ließen sich die Tatverdächtigen auch von der Anwesenheit eines Streifenwagens nicht stören. Gegen die beiden mutmaßlichen Rädelsführer ermittelt nun der Bonner Staatsschutz wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der Beleidigung. (mut-gegen-rechte-gewalt.de, 14. Mai 2005)

NPD-Anhänger prügelt auf Jugendliche ein

Halberstadt – In Halberstadt hat ein NPD-Anhänger zwei Jugendliche angegriffen und verletzt. Wie die Polizei mitteilte, war er in der Nacht zum Sonntag am Halberstädter See aufgetaucht und hatte eine Gruppe von zwölf Jugendlichen angesprochen und versucht, sie von den Inhalten der NPD zu überzeugen. Als sie ablehnend reagierten, ergriff der 20-Jährige eine Holzlatte und schlug damit auf den Kopf eines 17-Jährigen

ein. Zudem trat er dem Jugendlichen ins Gesicht. Das Opfer erlitt eine Platzwunde am Kopf. Ein Jugendlicher, der eingreifen wollte, wurde von dem Mann ebenfalls attackiert. Der Mann schlug den 14-Jährigen mit der Faust ins Gesicht und griff ihn mit der Holzlatte an. Anschließend bedrohte er den Jungen mit einer Pistole, flüchtete dann jedoch. Die Polizei leitete sofort eine Fahndung nach ihm ein, die bislang jedoch erfolglos blieb. Der junge Mann ist den Behörden wegen anderer Übergriffe schon bekannt. (Mitteldeutscher Rundfunk am 30. Mai 2005)

Asylbewerberheim: Fenster eingeworfen

Derschen – Mit Rufen ausländerfeindlicher Parolen haben Unbekannte gestern die Scheiben eines Wohnheims für Asylbewerber in Derschen (Westerwald Kreis Altenkirchen) eingeschlagen. Es sei von einem fremdenfeindlichen Hintergrund auszugehen, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Koblenz, Erich Jung. Verletzt wurde niemand. (Saarbrücker Zeitung, 23. August 2005)

■ M 7: Links gegen Rechts

Nachfolgend präsentieren wir Ihnen eine kleine Auswahl von Seiten im Internet, die Informationen, Daten, Fakten und Texte zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen bereitstellen:

www.arug.de: Auf der Homepage der Arbeitsstelle »Rechtsextremismus und Gewalt« finden sich eine umfangreiche Datenbank sowie zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema Rechtsextremismus und Gewalt.

www.idaev.de: Auf der Homepage des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung findet sich eine Vielzahl von Texten zum Thema Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus.

www.idgr.de: Die Homepage des Informationsdienst gegen Rechtsextremismus bietet zahlreiche Informationen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus. Ein umfangreiches Online-Lexikon verschafft einen Überblick über Personen, Organisationen und Themen des Rechtsextremismus.

www.migration-online.de: Auf der Internetseite des Bereichs Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerk finden sich Informationen, Fakten und Daten rund um das Thema Migration und Arbeitswelt.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de: Das Internetportal bietet eine Vielzahl aktueller Informationen und Hintergründe zum Rechtsextremismus in Deutschland. Es will deutlich machen, was für ein bedrohliches Problem er für die Demokratie ist, immer noch und umso mehr, als ihn niemand mehr beachten mag. Es will aber auch zeigen, dass es zahlreiche engagierte Menschen und Projekte gibt, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus wehren – mit Kreativität, persönlicher Überzeugungskraft, unendlicher Geduld. Das Internetportal ist ein Projekt der Zeitschrift »Stern« in Zusammenarbeit mit der Amadeu-Antonio-Stiftung.

www.turnitdown.de: Das Internetportal informiert unter anderem über rechte Bands, rechte Labels, die wichtigsten Symbole, Codes, Bekleidungsmarken und Merchandisingartikel der extrem rechten Jugendkultur.

www.united.non-profit.nl: UNITED for Intercultural Action, das Europäische Netzwerk gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus und zur Unterstützung von Migranten und Flüchtlingen informiert auf seiner Homepage über die europaweiten Aktivitäten im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus.

http://linksgegenrechts.e-workers.de: Links gegen Rechts ist eine Sammlung von Querverweisen auf Webseiten, die sich mit Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus und Revisionismus befassen.

■ M8: Geduldete Kinder – Rassismus in der Schule

»Rassismus in der Schule«, dabei mag man in erster Linie an Kinder und Jugendliche denken, die von ihren Mitschülerinnen und Mitschülern aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion ausgelacht, ausgegrenzt oder angefeindet werden. Dabei spielt sich Rassismus und Diskriminierung an Schulen auch tagtäglich auf einer ganz anderen – institutionalisierten – Ebene ab. Betroffen sind hiervon vor allem junge (geduldete) Flüchtlinge.

In Deutschland leben derzeit etwa 50.000 Kinder und Jugendliche ohne festes Aufenthaltsrecht und lediglich geduldet. Und das, obwohl viele von ihnen in Deutschland geboren sind oder schon viele Jahre hier leben. In den meisten Fällen sind sie entweder alleine oder mit ihren Eltern vor Krieg, Misshandlung oder Folter nach Deutschland geflüchtet, haben aber keinen dauerhaften Schutz erhalten. Geduldet – also ausreisepflichtig – zu sein, bedeutet einen Aufenthalt auf Zeit, eben so lange bis eine Ausreise möglich ist, und ist verbunden mit vielen Einschränkungen und Verboten. Was für »Inländer« selbstverständlich ist, ist für die Betroffenen oft unerreichbar. Der Zugang zu Bildung und Ausbildung ist für Flüchtlingskinder zum Beispiel keine Selbstverständlichkeit. Oft wird ihnen von den Behörden der Schulbesuch verweigert. Doch auch wenn sie am Unterricht teilnehmen, gelten für sie nicht die gleichen Regeln wie für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler. So können sie ohne Sondergenehmigung nicht an Schulausflügen oder Klassenfahrten in andere Landkreise oder ins Ausland teilnehmen. Dies verbietet ihnen das Aufenthaltsgesetz, wonach »Geduldete« der sogenannten Residenzpflicht unterliegen. Damit wird Kindern, denen es aufgrund ihrer Flucht- und Migrationserfahrungen oft grundsätzlich nicht so leicht fällt, Kontakte zu knüpfen und Freundschaften zu schließen, ein wichtiges Instrument der Integrationsförderung und beidseitigen Stärkung des Gemeinschaftsgefühls verweigert. Während die meisten Kinder die Sommerferien sehlichst herbeisehnen, würden sie viele ihrer »geduldeten« Klassenkameraden am liebsten ausfallen lassen. Für sie wird die Ausgrenzung in dieser Zeit besonders offenbar: Ihre Freunde sind verreist, sie selber dürfen keine Reisen unternehmen und bleiben oft als einzige aus ihrem Freundeskreis am Wohnort zurück. Ob sie ihre Klassenkameraden nach den Ferien überhaupt wiedersehen oder in der Zwischenzeit abgeschoben werden, wissen sie nicht.

Nach den Regelungen des Aufenthaltsgesetzes werden geduldete Kinder und Jugendliche bewusst von wichtigen sozialen Aktivitäten ausgeschlossen und marginalisiert. Nicht nur für ihre Klassenkameraden ist kaum zu verstehen, warum für einige aus der Klasse andere Regeln gelten als für sie selber. Dass es etwas damit zu hat, dass die betroffenen Mitschüler Flüchtlinge sind und als solche pauschal nicht die gleichen Rechte wie sie selber genießen, ist ihnen möglicherweise jedoch bewusst. Und wenn bereits von Gesetzes wegen eine diskriminierende Behandlung ausländischer Kinder vorgesehen ist, steht die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Weltoffenheit und Solidarität in der Schule erst recht vor einer besonderen Herausforderung.

Viele geduldete Flüchtlingskinder sind mit dem enormen Druck, der auf ihnen und ihren Familien aufgrund der fehlenden Perspektive auf ein Bleiberecht und Integration lastet sowie mit dem Gefühl, »anders zu sein« und nicht dazu zugehören, zumeist allein gelassen. Bei ihren deutschen Mitschülern stoßen diese – für die Betroffenen alltäglichen – Probleme teilweise auf Mitleid und ein Gefühl der Machtlosigkeit, viel zu oft aber auch auf Unverständnis und Ablehnung. Oft ist es nur die Unwissenheit darüber, was es bedeutet, ein Flüchtling zu sein und vielleicht nur »geduldet« in Deutschland leben zu müssen, die andere daran hindert, offen auf die Betroffenen zuzugehen. Vielerorts zeigen Jugendliche aber auch Solidarität mit ihren Schulkameradinnen und Schulkameraden, wissen aber nicht genau, wie sie diese gezielt und effektiv einsetzen können.

Gerade der Schulunterricht bietet einen guten Rahmen, um Kinder und Jugendliche Verständnis und Sensibilität gegenüber ihren ausländischen Klassenkameraden entwickeln zu lassen. Eventuell vorhandene Hemmungen oder gar Ressentiments können beispielsweise durch die Behandlung des Themas »Flucht und Asyl« abgebaut werden. Gleichzeitig wird den betroffenen Mitschülerinnen und Mitschülern ein Forum gegeben, über ihre Situation – und die damit möglicherweise verbundenen Ängste – offen zu sprechen und sich nicht ausgegrenzt zu fühlen. Darüber hinaus können Schülerinnen und Schüler anhand des Themas ein allgemeines Demokratieverständnis erlernen und das Bewusstsein, gegenüber staatlichen und gesetzlichen Autoritäten nicht machtlos zu sein, wenn es um den Einsatz für die Rechte Anderer geht.

Eine gute Hilfestellung – nicht nur für Lehrende – bieten die vom Berliner GRIPS-Theater in Zusammenarbeit mit PRO ASYL, der Berliner GEW und dem Berliner Flüchtlingsrat entwickelten Unterrichtsmaterialien im Rahmen der bundesweiten Bleiberechtskampagne von Wohlfahrtsverbänden Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Rechtsanwalt- und Richtervereinigungen und Flüchtlingsinitiativen. Anhand der Darstellung der authentischen Geschichte des bosnischen Mädchens Tanja, das aus dem Schulunterricht heraus abgeschoben werden sollte, wird nicht nur deutlich, mit welcher Härte zahlreichen Flüchtlingen behördlicherseits die Integration und eine gesicherte Lebensperspektive verweigert wird, sondern im positiven Sinne auch, wie sich jeder Einzelne oder auch die Gemeinschaft erfolgreich für sie einsetzen kann. Dass Tanja nun doch in Deutschland bleiben darf, hat sie letztlich dem Mut und Engagement ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler zu verdanken. Die Unter-

richtsmaterialien sollen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Jahrgangsstufen Grundlage und Anreiz bieten, dem beeindruckenden Beispiel von Tanjas Klasse zu folgen.

Die *Internationale Woche gegen Rassismus* kann ein guter Aufhänger sein, das Thema »Flucht, Asyl und Bleiberecht« im Unterricht aufzugreifen und mit Hilfe der vorliegenden Materialien umzusetzen. Wenn sich in der Klasse Schülerinnen und Schüler mit Fluchthintergrund befinden, kann sogar ein direkter Bezug hergestellt werden.

Auch über den schulischen Rahmen hinaus bieten sich die Materialien als Argumentationsgrundlage an, Fremdenfeindlichkeit über die Solidarität mit Flüchtlingen im Rahmen von Veranstaltungen zur Internationalen Woche gegen Rassismus offen entgegenzuwirken. Begleitend zur Kampagne hat PRO ASYL weitere Informationsschriften veröffentlicht, die Initiativen, Kirchengemeinden und Interessierten als Anregung dienen sollen, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Zahlreiche Menschen, darunter beeindruckend viele Kinder und Jugendliche beteiligen sich bundesweit in vielfältigen Aktionsformen inzwischen an der Aktion »Hier geblieben« und machen sich öffentlich couragiert für die Rechte ihrer ausländischen Freundinnen und Freunde stark. Wie sich gezeigt hat, entsteht über die Kontakte der Kinder häufig auch eine Annäherung zwischen deutschen und nichtdeutschen Eltern. Ob im Rahmen schulischer Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Theateraufführungen oder interkultureller Stadtteilstefen, jeder kann sich über individuelle Ausdrucksformen mit Flüchtlingen solidarisieren und damit letztlich auch Xenophobie entgegenwirken – innerhalb, aber besser auch über die Woche gegen Rassismus hinaus.

Ein Text von Kerstin Böffgen, PRO ASYL

- Weitere Informationen und Bezugsadresse für die Materialien:
PRO ASYL, Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt am Main,
Tel.: 069/23 66 88, Fax: 069/23 06 50, proasyl@proasyl.de

■ M9: Rassismus in der Arbeitswelt

Während im Zusammenhang mit Migrantinnen und Migranten allerorten von »Parallelgesellschaften«, Desintegration und Ghettoisierung gesprochen wird, wird die Integration in die Arbeitswelt überwiegend als »Erfolg« gewertet.

Dennoch haben Menschen mit Migrationshintergrund einen schlechteren Zugang zum Arbeitsmarkt als die deutsche Mehrheitsbevölkerung. Dies hat weit reichende Konsequenzen: Die Arbeitswelt mit ihren spezifischen Erfahrungsräumen ist einer der wichtigsten Sphären, in der sich Integration in die Gesellschaft vollzieht, sie ist Grundlage sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Anerkennung. Der Ausschluss von der Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsmarkt zieht auch in anderen Bereichen wie Wohnen, Gesundheit und die Inanspruchnahme von Sozialleistungen eine soziale Exklusion und eine Ungleichbehandlung nach sich.

In der Arbeitswelt können Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in den unterschiedlichen Erscheinungsformen auftreten; die von Konflikten im Betrieb über strukturelle Benachteiligung bis hin zu offener rassistischer Bedrohung reichen.

Wandel in der Arbeitswelt – Ursache für den Rechtsextremismus?

Eine globalisierte Arbeitswelt bedeutet nicht nur ein Mehr an gesellschaftlichem Reichtum sondern auch einen stärker werdenden Konkurrenzdruck, die zunehmende Erosion der »Normarbeit« zu Gunsten flexibilisierter oder prekarisierter Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitigem Rückgang kollektiver sozialstaatlicher Regelungen – Umbrüche, denen nicht wenige Menschen ohnmächtig gegenüber stehen und in denen sie eine Bedrohung ihres sozialen Status sehen.

Die »Modernisierungsverlierer«, so eine gängige Theorie, seien besonders anfällig für rassistische Denk- und Handlungsmuster. In einem Klima permanenter Beschäftigungsunsicherheit, beruflicher Verunsicherung und Statusinkonsistenz kann es passieren, dass MigrantInnen als »Wohlstandsrisiko« und unliebsame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wahrgenommen werden. Dies gilt nicht nur für bildungsferne Schichten, für die ganz besonders die »Billigkonkurrenz aus dem Osten« auf dem Markt für Geringqualifizierte zum Feindbild gerät. Die wirtschaftliche Krise und der Umbau des Sozialstaats erfassen auch Schichten der Bevölkerung mit höherem Bil-

dungsabschluss. So fühlt sich auch der bundesdeutsche Mittelstand von sozialen Deklassierungen bedroht. Diese erwerbsarbeitsbezogene Prekarisierungs- und Desintegrationserfahrungen liefern zwar nur den »Problemrohstoff«, der in höchst unterschiedlichen politischen Orientierungen aufgegriffen und bearbeitet werden kann. Dennoch liegen hier Gefahren für rechtsextreme und rassistische Einstellungen, denen schon frühzeitig begegnet werden muss.

Ungleiche Ausgangsbedingungen – Benachteiligung beim Zugang zum Arbeitsmarkt

Von den Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen sind in starkem Maße MigrantInnen betroffen. Als Arbeitsmigrantinnen und -migranten wurden sie vor allem zunächst für angelernte Tätigkeiten in der Massenproduktion angeworben und in den industriellen Ballungsgebieten eingesetzt. Diese Jobs sind im strukturellen Wandel der letzten Jahrzehnte stark reduziert worden. Gleichzeitig ist feststellbar, dass die Gruppe der MigrantInnen ohne abgeschlossene Berufsausbildung überproportional hoch ist. Beide Faktoren tragen mit zur Arbeitslosigkeit bei.

Auch die Situation der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungsmarkt ist keine gute. Die Ungelerntenquote liegt bei rund 40 Prozent. Neben der Tatsache, dass viele von ihnen aus dem Bildungssystem fallen und dabei über keine oder mangelhafte schulische Qualifikationen verfügen, liegen die Gründe auch in Entscheidungspraktiken, die Migranten von weiterführenden Schulen ausschließen – selbst dann wenn weder Sprachkompetenz noch Notenspiegel noch Bildungsmotivation dagegen sprechen. So können sie auch Partizipationschancen nur bedingt wahrnehmen.

Zum anderen sehen sich Jugendliche aus Migrantenfamilien nach wie vor mit Vorurteilen seitens der Arbeitgeber konfrontiert. Statistisch gesehen ist die Chance für einen Deutschen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, doppelt so hoch. Ähnliches gilt für die Vergabe von Arbeitsplätzen. Studien zeigen, dass es für Menschen mit einem »ausländisch klingenden« Namen ungleich schwerer ist, eine Arbeitsstelle zu finden.

Ein weiteres Hemmnis ist das deutsche Berufsrecht, das mit seinen streng formalisierten Berufsabschlüssen vielfach Qualifikationen von Einwanderern nicht erfasst oder nicht anerkennt. Damit findet eine systematische Dequalifizierung dieser Personen statt.

MigrantInnen sind aus genannten Gründen häufig am untersten Ende der Beschäftigungsskala vertreten. Die entsprechenden Arbeitsverhältnisse sind oft ungeschützt, instabil und schlecht vergütet; sie erzeugen lange Perioden der Erwerbslosigkeit und wirken sozial destabilisierend und dequalifizierend. Ausländer mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus haben im Übrigen oftmals gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Diejenigen, die »illegal« – also ohne geltende Aufenthalts- oder Arbeitspapiere – in Deutschland arbeiten, müssen dies fast immer unter ausbeuterischen Bedingungen (Niedrigstlöhne, ohne soziale und arbeitsrechtliche Schutzmaßnahmen etc.) machen.

Die strukturellen und institutionellen Benachteiligungen gilt es abzubauen. MigrantInnen sollte dabei jedoch nicht eine Opferrolle zugeschrieben werden, vielmehr sollten die vorhandenen Kompetenzen und Potentiale von Personen mit Migrationshintergrund hervorgehoben werden. So können z.B. Mehrsprachigkeit aber auch interkulturelle Kompetenzen weitreichende Möglichkeiten für den Betrieb bieten.

Diskriminierung

Diskriminierung am Arbeitsplatz geschieht – wie in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auch – aus Gründen der Hautfarbe, vermeintlicher oder tatsächlich mangelhafter Sprachfertigkeiten, kultureller oder religiöser Bräuche etc. Dabei besteht kein konsensuelles Verständnis darüber, was unter den Begriff der Diskriminierung fällt. Umstritten ist beispielsweise, ob vermeintlich »neutrale Vorschriften« wie das Verbot des Tragens von Kopftüchern in der Betriebsordnung bestimmte Gruppen, wie Frauen, die aus religions- oder identitätsspezifischen Gründen ein Kopftuch tragen, diskriminiert.

Immer wieder gibt es Fälle von Ungleichbehandlung durch staatliche Behörden (beispielsweise bei der Erteilung von Genehmigungen), aber auch durch private Arbeitsvermittler und Zeitarbeitsagenturen.

Von anderer Qualität sind dagegen neonazistische Parolen im Betrieb, rassistische Bedrohungen und Einschüchterungen von Kolleginnen und Kollegen oder gar Übergriffe – die allerdings die absolute Ausnahme darstellen, nicht zuletzt weil sie mit sofortiger Entlassung geahndet werden können.

Dazu kommen bestimmte Formen des Mobbings wie ausländerfeindliche Drohungen und Erniedrigungen, Beschimpfung, rassistische Witze, ungleiche Behandlung durch Vorgesetzte und vieles mehr. Konflikte in Betrieben werden dabei ethnisiert, naturalisiert oder kulturalisiert. Eine angeblich mangelhafte Leistung eines Nigerianers beispielsweise wird dann schnell der angeblichen »Faulheit der Schwarzen« zugeschrieben, für das Zuspätkommen einer Kollegin eine »orientalischen Mentalität« verantwortlich gemacht.

Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung in der Arbeitswelt

Es gibt etliche Möglichkeiten, in der Arbeitswelt gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv zu werden. Eine Betriebs- oder Dienstvereinbarung für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung löst zwar das Problem nicht, hilft jedoch mit ihren Bestimmungen über Nicht-Diskriminierung bei der Definition des nicht Tolerierbaren. Außerdem wird durch die Festschreibung der Ansprechpartner, aber auch der Konsequenzen bei Diskriminierung und möglicher präventiver Ansätze wie Seminare und Trainings ein konkreter Rahmen für den betrieblichen Alltag geboten. Dabei muss die Vereinbarung mit Leben gefüllt werden, beispielsweise durch die Beteiligung der Belegschaft an der Diskussion um die Gestaltung einer solchen Vereinbarung oder auch durch eine regelmäßige Evaluation der Umsetzung.

In einigen Unternehmen werden neben den üblichen Ansprechpartnern wie Betriebs- oder Personalräten auch speziell geschulte Ansprechpartner eingesetzt, wie z.B. bei ThyssenKrupp Stahl in Duisburg die »Kulturmittler« oder in anderen Betrieben Antidiskriminierungs- oder Gleichstellungsbeauftragte. Diese interkulturell geschulten Betriebsräte versuchen bei Konflikten zu vermitteln.

Aber auch einzelne Aktionen – z.B. im Rahmen der internationalen Woche gegen Rassismus – können die Chancengleichheit stärken und Diskriminierungen vorbeugen. Dazu können Postkarten- oder Unterschriftenaktionen, Wettbewerbe, Kundgebungen oder auch »klassische« Angebote wie Vorträge, Diskussionsrunden (z.B. mit VertreterInnen aus der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberschaft) zählen. Dabei gilt es nicht nur über MigrantInnen als Objekte zu reden, sondern Möglichkeiten zu schaffen, wo sie auch ihre eigenen Perspektiven und Erfahrungen artikulieren können.

Sinnvoll sind Aktivitäten vor allem dort, wo sie einen Bezug zum unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld der TeilnehmerInnen darstellen. So besuchten beispielsweise im Rahmen einer gewerkschaftlichen Kampagne Auszubildende aus der Baubranche das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald. Sie führten nicht nur Lerneinheiten zum Thema Nationalsozialismus durch, sondern halfen auch bei Ausbesserungs- und Erhaltungsmaßnahmen.

In etlichen Betrieben werden auch spezielle Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Dabei sind nicht nur Maßnahmen mit eingeschlossen, die für das Thema Diskriminierung/Rassismus sensibilisieren sollen (z.B. interkulturelle Trainings), sondern auch solche, die die Kompetenzen und Potenziale von MigrantInnen sichtbar machen und fördern. Angebote zur beruflichen Integration, die Berufschancen für MigrantInnen verbessern sollen, richten sich somit an alle Akteure in der Arbeitswelt. In diesem Zusammenhang sind auch die Projekte zur interkulturellen Öffnung von Betrieben und Verwaltungen zu nennen, die Menschen mit Migrationshintergrund Zugang zur Beschäftigung erleichtern sollen.

Der Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerkes will unter anderem die Vernetzung von Aktiven in der Arbeitswelt für Chancengleichheit und gegen Fremdenfeindlichkeit herbeiführen. Über eine umfangreiche Datenbank können Good-Practice-Beispiele recherchiert werden, die Ideen für eigene Aktivitäten liefern. Neben vielen anderen Leistungen bietet der Bereich auch für Multiplikatoren Filme zum Thema Rassismus, Rechtsextremismus und Interkulturelles zum Verleih an. Weitere Informationen unter www.migration-online.de, migration@dgb-bildungswerk.de

Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« veröffentlicht den monatlichen Newsletter »Aktiv+Gleichberechtigt«. Dort werden Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt vorgestellt. Der Newsletter informiert und gibt Anregungen für eigene Aktionen. Darüber hinaus unterstützt und berät der Verein alle Interessierten, die sich im Bereich der Arbeitswelt gegen Rechts engagieren wollen.

Ein Text von Hans-Peter Killguss, Kumpelverein

■ Weitere Informationen unter: www.gelbehand.de, info@gelbehand.de

■ M10: Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Frankfurt/M.

Die Bemühungen der Stadt Frankfurt am Main, das Zusammenleben zwischen Deutschen und Nichtdeutschen und allgemein zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Glauben, Sprache usw. zu verbessern, hat lange Tradition:

1989 wurde das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmKA) mit der Aufgabe eingerichtet, das konstruktive Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu fördern und ihre Integration zu unterstützen.

1990 verfasste der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main anlässlich des Antirassismustages der Vereinten Nationen (am 21. März) eine »Frankfurter Erklärung zu Rassismus und Antisemitismus«. Diese wurde durch einen Beschluss des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main im August 2002 erneuert. In der Erklärung heißt es u.a.:

»Der Ausländeranteil in Frankfurt ist der höchste der Bundesrepublik – gerade deswegen muss es eine vorrangige Aufgabe der Stadt sein, exemplarisch allen Anzeichen von Xenophobie entgegenzutreten und ihr den Boden zu entziehen. Jede Form der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religionszugehörigkeit und Nationalität verstößt gegen das Prinzip der Menschenwürde und der Gleichheit und ist unvereinbar mit jenen kulturellen, rechtlichen und politischen Tradition, die in der Erklärung der Menschenrechte bindend kodifiziert sind. Eine zivile Gesellschaft kann Fremdenfeindlichkeit nicht dulden.«

1991 wurde im Rahmen einer ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas die »Frankfurter Erklärung für eine neue kommunale Politik der multikulturellen Integration in Europa« verabschiedet. Unter anderem heißt es in der Erklärung unter Punkt 5 – Die effektive Beteiligung der Immigrant/innen an der Kommunalpolitik: »Die Immigrant/innen müssen ohne jegliche Diskriminierung an den auf kommunaler Ebene stattfindenden öffentlichen Erhebungen und Beratungen beteiligt werden.«

1993 erweiterte die Stadt die Aufgaben des AmKA durch einen Magistratsbeschluss als Antidiskriminierungsstelle. Es hat die Aufgabe, Aufklärungsarbeit für Toleranz in der Stadt zu leisten. Gleichzeitig soll es Beschwerden wegen diskriminierendem Verhalten in der Stadtverwaltung bearbeiten und nach Lösungen suchen.

2003 beschließt die Stadtverordnetenversammlung eine Antidiskriminierungsrichtlinie (ADR) für die Ämter und Betriebe der Stadtverwaltung Frankfurt am Main und 2004 die Bekanntmachung dieser Antidiskriminierungsrichtlinie. Zielgruppen bei der Bekanntmachung der ADR sind in erster Linie Mitarbeiter/innen in der Stadtverwaltung, aber auch alle Migranten/innen.

Ein Flyer mit Titel »**Gleiches Recht für alle!**« mit Bezug zu der Antidiskriminierungsrichtlinie (ADR) der Stadt Frankfurt am Main (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.09.2003, § 6020) kann beim AmKA bestellt werden. Er beinhaltet folgende Fragen und Antworten:

1. Was bedeutet Diskriminierung?

Diskriminierung ist die Ungleichbehandlung oder Benachteiligung einzelner Menschen oder Menschengruppen aufgrund von Hautfarbe, Sprache, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung oder anderer persönlicher Merkmale.

2. Was bedeutet die Antidiskriminierungsrichtlinie (ADR) für Sie ?

Die Antidiskriminierungsrichtlinie schützt Sie vor Diskriminierung in allen Behörden und städtischen Eigenbetrieben der Stadt Frankfurt am Main. Sie verbietet Diskriminierung aufgrund folgender persönlicher Merkmale: Abstammung, Hautfarbe, Sprache, Heimat oder Herkunft, Glaube, Religion, politische Ansichten oder Weltanschauungen, Geschlecht, Behinderung, Alter sowie sexuelle Ausrichtung.

Die ADR gilt jedoch nicht für Landesbehörden wie z.B. das Finanzamt, oder die Polizeibehörden. Die ADR findet auch keine Anwendung in privaten Unternehmen oder gegenüber Privatpersonen.

3. Bei welchen Diskriminierungen kann das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmKA) helfen?

Das AmKA hilft Ihnen, wenn Sie sich wegen folgender persönlicher Merkmale diskriminiert fühlen:

- Abstammung,
- Hautfarbe,
- Sprache,
- Heimat oder Herkunft,
- Glaube,
- Religion,
- politische Ansichten oder Weltanschauung.

Fühlen Sie sich in einer Behörde der Stadt Frankfurt am Main durch deren Mitarbeiter/innen aufgrund des Geschlechtes, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung diskriminiert? In diesen Fällen empfehlen wir Ihnen sich umgehend an die Leitung der Behörde zu wenden und den Vorfall zu schildern.

Eine Diskriminierung liegt nicht vor, wenn geltende Gesetze und Regelungen innerhalb der Stadtverwaltung angewendet werden.

4. Welche Angaben benötigen Sie, wenn Sie eine Diskriminierung melden wollen?

Sollten Sie von einer Behörde bzw. einem Bediensteten diskriminiert werden, so sollten Sie das AmkA kontaktieren. Wir können aber nur konkret ermitteln bzw. vermitteln, wenn Sie folgendes notieren:

- Wann und wo fand die Diskriminierung statt?
- Name der Behörde
- Name der Person, der Sie Diskriminierung vorwerfen
- Namen von Zeugen (wenn möglich).

5. Wie kann das AmkA bei einer Diskriminierung helfen?

Nachdem Sie uns Ihren Fall von Diskriminierung mitgeteilt haben, werden wir folgende Schritte unternehmen:

- Das AmkA kontaktiert die von Ihnen genannte Behörde
- Das AmkA kann die von Ihnen genannten Mitarbeiter/innen befragen und Akten einsehen.
- Das AmkA bemüht sich, Ihre Beschwerde zu klären bzw. die Diskriminierung zu beheben.

6. Was können Sie tun, wenn Sie sich von einer anderen Behörde (Landes-/ Bundesbehörde), einer privaten Einrichtung oder Privatperson diskriminiert fühlen?

Die ADR gilt nicht für Diskriminierungsmeldungen außerhalb der Stadtverwaltung. Trotzdem können Sie sich an das AmkA wenden. Wir werden dann durch Vermittlung und Beratung versuchen, Ihnen zu helfen.

7. Welche anderen Beschwerdemöglichkeiten haben Sie?

Es gibt weitere Anlaufstellen in Frankfurt am Main, die Sie – je nach Art des Problems – direkt ansprechen können. Sie finden die Adressen in der mehrsprachigen AmkA-Broschüre »Was tun bei Gewalt und Diskriminierung?«, die Sie bei uns bestellen können.

Verfahren bei Erfassung der Beratungsfällen und der Diskriminierungsmeldungen

Laut ADR ist das AmkA für die Bearbeitung und Registrierung von Diskriminierungsmeldungen bezüglich der Abstammung, der Hauptfarbe, der Sprache, der Heimat oder Herkunft, dem Glauben, der Religion, den politischen Ansichten oder der Weltanschauung zuständig.

Bei einer Diskriminierungsmeldung wird zuerst die/der betroffene Bedienstete vom AmkA gebeten, eine Stellungnahme abzugeben. Auf diese Weise kann in den meisten Fällen die Angelegenheit bereits durch Behebung der Diskriminierung oder eine Entschuldigung positiv gelöst werden. Bei Bedarf kann das AmkA eigene Sachverhaltsermittlungen durchführen, Akten einsehen sowie betroffene Bedienstete anhören.

Im Fall von solchen Beschwerden und Hinweisen die nicht bereits im ersten Schritt gelöst werden können, hat die Amtsleitung der betroffenen Dienststelle neben einer Bewertung der Situation auch einen begründeten Vorschlag zum weiteren Verfahren zu machen.

Soweit sich das AmkA dem Vorschlag der betroffenen Dienststelle nicht anschließt, ist die Angelegenheit zwischen den Amtsleitungen zu erörtern. Kommt eine Einigung zwischen den Amtsleitungen nicht zustande, ist die Angelegenheit zwischen den zuständigen Dezernentinnen/Dezernenten zu erörtern. Kommt dort keine Einigung zustande, ist die Angelegenheit im Magistrat zu erörtern.

Bis jetzt konnten die Konflikte immer im ersten Schritt gelöst werden!

Unmittelbar nach der Verabschiedung der ADR startete das AmkA unter dem Titel »Gleiches Recht für alle!« eine Kampagne zur Bekanntmachung der ADR. Da die Infor-

mationskampagne auf Dauer ausgelegt ist, erhoffen wir uns langfristig gesehen, dass noch weniger Diskriminierungsmeldungen eingehen werden. Der Bedarf an Beratung wird allerdings auch in Zukunft bestehen bleiben. Denn man kann nie genug über verschiedene Rechtslagen informieren und bei Kommunikationsproblemen vermitteln!

Die Verabschiedung einer ADR durch die Stadtverordnetenversammlung hat mindestens zwei Vorteile:

- a) Sie ist als politische Signalwirkung seitens der politisch Verantwortlichen der Stadt Frankfurt am Main zu verstehen.
- b) Die ADR ist als zusätzliches Instrument für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen AmKA und anderen städtischen Behörden bei der Bekämpfung von Diskriminierungen zu betrachten.

- Ansprechpartner:
Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main
Dr. Akli Kebaili/Frau Consiglia Izzo
Walter-Kolb-Str. 9-11
60594 Frankfurt am Main
Tel.: 069/212- 30151
Fax: 069/212- 37946
E-mail: akli.kebaili@stadt-frankfurt.de
Internet: www.stadt-frankfurt.de/amka

Die Kooperationspartner des Interkulturellen Rates

- Gesicht Zeigen! Aktion Weltoffenes Deutschland
www.gesichtzeigen.de
- Aktion Courage
www.aktioncourage.de
- Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main
www.stadt-frankfurt.de/amka
- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland
www.ack-oec.de
- Bundesamt für Flüchtlinge und Migration
www.bamf.de
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
www.bda-online.de
- Bundesausländerbeirat
www.bundesauslaenderbeirat.de
- Bundeszentrale für Politische Bildung
www.bpb.de
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
www.dgvn.de
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag
www.dihk.de
- Deutsche Sportjugend
www.dsj.de
- Deutsche UNESCO-Kommission
www.unesco.de
- Deutscher Bühnenverein
www.buehnenverein.de
- Deutscher Bundesjugendring
www.dbjr.de
- Deutscher Fußballbund
www.dfb.de
- Deutscher Gewerkschaftsbund
www.dgb.de
- Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
www.deutscher-koordinierungsrat.de
- DITIB – Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
www.diyanet.org
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
www.ekhn.de
- Forum gegen Rassismus
- Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
www.igbce.de
- Industriegewerkschaft Metall
www.igmetall.de
- Institut für Kino und Filmkultur
www.film-kultur.de
- Internationaler Bund
www.internationaler-bund.de
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung
www.idaev.de
- Lions Club International
www.lionsclubs.org
- »Mach meinen Kumpel nicht an!«
www.gelbehand.de

- pax christi
www.paxchristi.de
- PRO ASYL
www.proasyl.de
- Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger
- terre des hommes
www.tdh.de
- UNITED against Racism
www.unitedagainstracism.org
- Verband Binationaler Familien und Partnerschaften
www.verband-binationaler.de
- Westdeutscher Rundfunk WDR
www.wdr.de

- World University Service WUS
www.wusgermany.de
- Zentralrat der Juden in Deutschland
www.zentralratdjuden.de
- Zentralrat der Muslime in Deutschland
www.zentralrat.de
- Zentralrat Deutscher Roma und Sinti
www.sintiundroma.de
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
www.zdh.de

Was ist der Interkulturelle Rat?

Der Interkulturelle Rat ist ein Netzwerk, in dem Persönlichkeiten unterschiedlicher Herkunft und Nationalitäten sowie aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Religionsgemeinschaften, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen, Kommunen und staatlichen Stellen, Medien, Wissenschaft und Sport zusammen arbeiten. Seit seiner Gründung im August 1994 initiiert der Interkulturelle Rat Gesprächsforen und Projekte, die den Abbau von Vorurteilen und ein friedliches interkulturelles Zusammenleben der Menschen in Deutschland ermöglichen sollen.

Ziele des Interkulturellen Rates

Interkulturelles und interreligiöses Zusammenleben ist Alltag in Deutschland. Unser Ziel ist es, den Dialog zwischen deutschen und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Organisationen zu fördern. Einem ethnischen Rückzug der Minderheiten soll entgegengewirkt werden.

Durch eine langfristig angelegte Aufklärungsarbeit sollen gegenseitige Vorbehalte abgebaut und eine Akzeptanz für Deutschland als Einwanderungsland geschaffen werden. Fremdenfeindliche Einstellungen sollen überwunden und ein friedliches Miteinander gefördert werden.

Aktuelle Arbeitsprojekte:

- Abrahamisches Forum in Deutschland
- Internationale Woche gegen Rassismus
- Deutsches Islamforum
- Veranstaltungen zu aktuellen interkulturellen Themen

Der Interkulturelle Rat ist bei seiner Arbeit auf Spenden angewiesen.
Spendenkonto: Interkultureller Rat · Postbank Frankfurt am Main,
Konto 64 71 50-604 –BLZ 500 100 60

- Weitere Informationen:
Interkultureller Rat in Deutschland, Goebelstraße 21, 64293 Darmstadt
Tel.: 06151-33 99 71, Fax: 06151-39 19 740
E-Mail: info@interkultureller-rat.de
Internet: www.interkultureller-rat.de

Fördermitgliedschaft

Ja, ich möchte den Interkulturellen Rat unterstützen

- Ich möchte die Arbeit des Interkulturellen Rates regelmäßig unterstützen und zahle einen Förderbeitrag von mindestens 24 Euro im Jahr. Förderer erhalten die Broschüren und Veröffentlichungen des Interkulturellen Rates kostenlos.
- Ich bin bereit, mehr zu zahlen und unterstütze den Interkulturellen Rat insgesamt mit Euro im Jahr.

Und weil es nicht nur Bankgebühren spart, sondern auch für alle Beteiligten einfacher ist, erteile ich dem Interkulturellen Rat e.V. diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich entscheide mich für folgende Zahlungsweise:

- jährlich halbjährlich

ab Monat

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Konto-Nr.

BLZ

Geldinstitut

Datum / Unterschrift

**Bitte zurücksenden an: Interkultureller Rat in Deutschland e.V.
Goebelstraße 21, 64293 Darmstadt
Telefon: 06151-33 99 71, Fax: 06151-39 19 740**

